DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 41 ab Samstag, 27. März 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84, BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 41. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

DER SIEG DER DEMOKRATIEBEWEGUNG WIRD UMFASSEND SEIN!

IMPFTERROR FORDERT IMMER MEHR TOTE • REGIERUNG BRICHT EIN • DEMONSTRATIONEN DEUTSCHLANDWEIT

Licht ins Dunkel! Seit 28. März 2020 wendet sich die Demokratiebewegung gegen Unterdrückung und Ausnahmezustand. »Corona« hat sich als ein Krieg gegen die Menschlichkeit entpuppt, der mit allen illegalen Mitteln geführt wird. Mit Gesundheits- und Klimaschutz hatte der nie zu tun. Bewiesen ist dies nicht zuletzt durch die BMI-Panikpapiere und *Leaks* der DW-Redakteurin Aya Velázquez (DW berichtete, siehe aktuell den Link Seite 10 unten).

Nach Tausenden von Versammlungen in allen Regionen, den Millionendemonstrationen von Berlin und zuletzt wieder Hunderttausenden in der Mitte Deutschlands (Foto unten aus Kassel), steht nun die Bevölkerungsmehrheit auf. Die Losung: »Wir werden nicht weichen!« Am Palmsonntag, 28. März, feiert nun die Demokratiebewegung ihr Einjähriges dort, wo sie entstand, auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin. Dem verfassungswidrigen Regime steht indes eine kritische Masse von über 80 Prozent gegenüber, die die Maßnahmen ablehnt oder scharf in Frage stellt.

Nachdem es im Jahr 2020 keine Übersterblichkeit gab – weder »Pandemie« noch Seuche – führen nun die Impfungen zu großen Zahlen von Impftoten und -geschädigten. Die Intensivstationen sind normal frequentiert, nur die Zahl der Impfopfer nimmt zu, wie die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* aus Primärquellen recherchiert hat. Die Panikpropaganda nach dem Zusammenbruch der US-Finanzmärkte im September 2019 nimmt dagegen immer wahnsinnigere Ausmaße an.

Doch hier kommt die Aufklärung! Der Putsch scheitert, die Demokratiebewegung siegt auf ganzer Linie. (ale/hes)



Foto unten: Steve Schramm. Montage: DW/Sandjaja/Feuerstacke/Lenz.

NICHTOHNEUNS.DE

Der Aufklärung verpflichtet

LAUDATIO ***Preis der Republik wird Dr. Klaus Hartmann verliehen.***
Von Markus Fiedler



Wir verdanken ihm viel Aufklärungsarbeit über die »Verlässlichkeit« des Paul-Ehrlich-Instituts und der Europäischen Arzneimittelbehörde EMA. Dr. Klaus Hartmann war in den 2000er-Jahren beim PEI verantwortlich für die Sicherheit von Impfstoffen.

Hartmann ist über all die Jahre nicht müde geworden, der Öffentlichkeit mitzuteilen, dass es starke Bedenken bezüglich der Verlässlichkeit des Impfstoff-TÜVs gibt. Die EMA und das PEI scheinen ihre Verantwortung für die Patienten zu vernachlässigen. Der Fall »Hexavac« ist ein Beispiel, das das Ansehen der Aufsichtsbehörden stark ramponiert hat. Obwohl bekannt war, dass der Sechsfachimpfstoff bei kleinen Kindern zu schweren Komplikationen und zum Tod führen konnte, wurden Untersuchungen der Impfstoffsicherheit von der EMA nicht eingeleitet. Erst als die Presse den Impfstoff mit Todesfolgen in Verbindung brachte wurde eine genaue zweijährige Untersuchung, eine sogenannte »TOKEN-Studie« eingeleitet. Am Ende der Untersuchung stand die Feststellung, dass Sechsfachimpfstoffe sicher seien. Vergessen hatte man zu erwähnen, dass mit Beginn der Studie sämtliche Hexavac-Impfungen vom Hersteller Sanofi-Pasteur vom Markt genommen worden waren. Die Studie wurde somit mit einem ohnehin unbedenklichen Konkurrenzprodukt durchgeführt, das keine alarmierenden Nebenwirkungen zeigte. Dank Dr. Klaus Hartmann wissen wir, dass Impfungen Quecksilber enthalten, Impfschäden selten anerkannt werden und wir erahnen, wie ehrlich das Paul Ehrlich Institut und die EMA tatsächlich sind.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Dr. Klaus Hartmann verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg.



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Texte, Audio und Video: Siehe demokratischerwiderstand.de!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? – Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de, demokratischegewerkschaft.de, Bewegung Leipzig und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in unserer gesamten Republik verbreiten.

Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 41. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und auch 21!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84

.PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Das Gesicht als Momentum der Geschichte

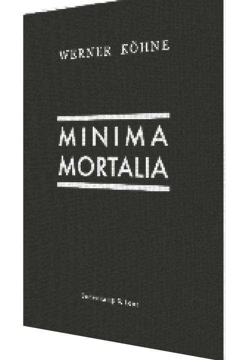
EINWURF *von Werner Köhne*

George W. Bush wird am 11. September 2001 in einer Schulklasse in Sarasota, Florida, kurz nach neun Uhr von seinem Stabschef Andrew Card, der sich seitlich zu ihm hinunter beugt, über das Geschehen in New York informiert.

Das Gesicht des Präsidenten wirkt versteinert, zugleich aber zu wissend und lauernd, um ganz in Schockstarre zu verfallen. Es ist, als sehe Bush starr durch etwas hindurch, verkrampft auf ein Ziel gerichtet, das er auf gar keinen Fall verfehlen darf. Es ist ein Blick, der eintrainiert scheint, sich in die Ferne absetzen will und doch verbissen in sich selbst zurückgestaut ist: Diese Physiognomie blendet die Welt aus; allein ein nervöses Zucken verrät dem, der länger hinschaut, dass hier jemand überfordert ist zwischen erborgter Macht und erfahrener Ohnmacht. Ein weiteres Gesicht in der Zeit, ist das von Angela Merkel bei ihrer Rede an die TV-Nation am 18. März 2020, in der sie den ersten *Lockdown* ankündigt: Es wirkt im Redefluss nicht so versteinert wie auf Fotos von ihr. Wässrige, leicht verschlierte Augen deuten eine Bewegtheit an, die sich aber zu verbergen sucht; die Ausbuchtungen und Furchen unterhalb der Augen und die planen Landschaften ihres Gesichts bilden eine Physiognomie, die Härte und Unempfindlichkeit aussendet, zugleich aber jene Ernsthaftigkeit und Kümmernis vorgibt, die viele Fernsehzuschauer/innen damals als authentisch werteten. Entging ihnen dabei die Selbstkontrolle, die sich bei Merkel abstützt in einer physisch spürbaren Hartnäckigkeit (sie ist ein Nackenmensch), die sich paart mit jenem wegduckenden Lauern, das 15 Jahre lang ihren Machterhalt sicherte?

Ganz anders ist es bei Willi Brand bei seinem Kniefall anlässlich seines Polenbesuchs am 7. Dezember 1970 vor dem Ehrenmal der Toten des Warschauer Aufstands im Jahre 1944. Auf dem Foto ist es nicht allein das Gesicht, das uns einen bleibenden Eindruck gestattet, sondern der ganze Körper, der durch die Beugung der Knie und die Neigung des Kopfes an archaische Opferriten erinnert.

Das Gesicht selbst in all seiner erratischen Versteinerung weist über sich hinaus. In ihm spiegeln sich Fassungslosigkeit und Trauer, die hier dem politischen Repräsentanten und auch dem Individuum Willi Brandt zugeschrieben werden kann. Es ist, als ob hier ein Kultus aus Schuld, Reue und Sühne zu neuem Leben erweckt würde.



»Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint bei Sodenkamp & Lenz. 216 Seiten, 27,50 Euro. Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung via demokratischerwiderstand.de.

Wie (un)sicher sind die Corona-Impfstoffe?

Andere Länder melden wesentlich mehr Nebenwirkungen als Deutschland. | Von Markus Fiedler

Mit geradezu atemberaubendem Tempo wurden im Jahr 2020 Impfstoffe gegen Sars-Cov-2 entwickelt, erprobt und am Markt notzugelassen. Nicht nur das: Es wurden teils vollkommen neuartige Impfstofftechnologien genutzt. Dies sollte Beobachter in Alarmzustand versetzen.

Von allgemeinem Alarm ist in den alten Leitmedien nichts zu finden. Ganz im Gegenteil. Die neuen Impfstoffe werden überall mit Lobeshymnen bedacht. Nur vereinzelt unterbrochen durch Todesmeldungen und schwere Nebenwirkungen, bei denen aber immer betont wird, dass Patienten nicht an der Impfung, sondern nur mit der Impfung verstorben seien. Man beachte dabei den Sinneswandel der Medien: Im Jahr 2020 starben alle an Corona und nicht mit Corona.

NEBENWIRKUNGEN UND LANGZEITFOLGEN UNBEKANNT

Früher mussten Impfstoffe ausführlichen Langzeittestungen und Studien unterzogen werden, bevor sie nach ungefähr acht bis zehn Jahren zugelassen wurden. Heute werden im Notzulassungsverfahren in weniger als einem Jahr Impfstoffe in den Markt entlassen. Man verzichtet auf die abschließende Auswertung der klinischen Testphasen und verimpft vollkommen neuartige Impfstoffe an die Bevölkerung, ohne die Nebenwirkungen genau zu kennen.

Die Berichte in Lokalzeitungen zu den Impfungen sehen beunruhigend aus, hier nur eine sehr kleine Auswahl von corona-blog.net : »Roding: 21 Tote nach Corona-Ausbruch im Zusammenhang mit der Impfung; Tod von Pflegekraft (42); 11 Tote und sieben akute Infektionen; Ingolstadt: 56 Infizierte und 14 Verstorbene im Zusammenhang mit der Impfung; Nach mRNA Impfung: Corona-Ausbruch in Bayern (Markt Schwaben -Landkreis Ebersberg) mit 19 Toten.«

OPERATION GEGLÜCKT – PATIENT TOT

Es sieht so aus, dass sich Heimbewohner erst durch die Impfung mit Corona infizieren beziehungsweise typische Corona-Krankheitssymptome zeigen oder einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Und besonders in den Altenheimen sterben die Bewohner. Im Fernsehen sieht man dazu gar nichts. Stattdessen das Mantra, dass besonders die Alten »geschützt« und daher zuerst geimpft werden müssten. So wie es aussieht, tötet die Impfung die Alten. Operation erfolgreich – Patient tot.

Abseits der *Mainstream*-Medien kann man sich auf den Seiten der Europäischen Zulassungsbehörde für Arzneimittel »EMA« die gemeldeten Verdachtsfälle von Nebenwirkungen im Zusammenhang mit den Impfungen von Biontech, Astrazeneca und Moderna anschauen.

BEI FRAUEN ZEIGEN SICH MEHR NEBENWIRKUNGEN

Für den Biontech Impfstoff »Tozinameran« gibt es 111.508 Berichte über Nebenwirkungen. Und das in nur drei Monaten von Dezember 2020 bis Mitte März 2021. Wobei davon auffälligerweise 77 Prozent der Nebenwirkungen von Frauen gemeldet werden. Nur ungefähr 21 Prozent werden von Männern gemeldet. Rund zwei Prozent sind keinem Geschlecht zugeordnet. Der Astrazeneca-Impfstoff zeigt hier ähnlich hohe Zahlen: Insgesamt 80.642 Verdachtsfälle von Nebenwirkungen wurden im Zusammenhang mit der Impfung gemeldet. Davon 75 Prozent Frauen und 22,5 Prozent Männer.

Für den mRNA-Impfstoff von Moderna sind 7.030 Meldungen von Nebenwirkungen registriert. Das ist eine deutlich niedrigere Zahl, was unter anderem daran liegen könnte, dass dieser Impfstoff hier in Europa deutlich seltener zum Einsatz kommt. Aber auch hier betreffen die Nebenwirkungen deutlich häufiger Frauen (71 Prozent) als Männer (28 Prozent).

Über alle Impfstoffe hinweg ist die Gruppe der 18- bis 64-Jährigen am häufigsten betroffen (60 bis 80 Prozent). Danach folgt die Gruppe der 65- bis 85-Jährigen (10 bis 24 Prozent). Es finden sich aber auch Rückmeldungen von Jugendlichen, Kindern und Säuglingen. Wer bitte impft mit experimentellen Impfstoffen Säuglinge? Für den Impfstoff »Tozinameran« von Biontech sind 36 Nebenwirkungen bei Säuglingen im Alter von Null bis ein Monat registriert. 52 Nebenwirkungen bei Säuglingen und Kleinkindern bis zum Alter von zwei Jahren. Kein Kommentar.

Aber welche Nebenwirkungen werden gemeldet? Laut *Wikipedia* sollen sie vollkommen harmlos sein: »Der Impfstoff gilt als gut verträglich und die unerwünschten Wirkungen beschränken sich überwiegend auf Impfreaktionen wie Schmerzen an der Einstichstelle oder kurzzeitige Abgeschlagenheit.« In der detaillierten Datenbank der EMA liest sich das ganz anders. Bei allen Impfstoffen treten generelle Funktionsstörungen und Beschwerden an der Einstichstelle am weitaus häufigsten auf, aber zusätzlich jeweils etwa halb so viele Fälle mit Problemen im Nervensystem, dicht gefolgt von Schwierigkeiten mit dem Muskel- und Skelettapparat. Ebenfalls auffällig gehäuft sind Probleme im Verdauungssystem.

Beim Biontech-Impfstoff sind das beispielsweise von 111.508 gemeldeten Fällen 78.540 Fälle mit Allgemeinerkrankungen und Problemen an der Einstichstelle. Etwa ein Viertel davon sind schwere Nebenwirkungen. 49.030 gemeldete Nebenwirkungen zu Störungen des zentralen Nervensystems, davon sind etwa ein Drittel schwere Nebenwirkungen. 40.753 gemeldete Nebenwirkungen zu Störungen des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes, davon wurde ein Viertel als schwere Nebenwirkungen gemeldet. Unter Magen-Darm-Beschwerden sind 25.177 Fälle verzeichnet, davon etwa ein Drittel schwere Fälle.

PROBLEME MIT SKELETTAPPARAT, NERVENSYSTEM UND VERDAUUNG

Beim Impfstoff von Astrazeneca fällt auf, dass jeweils der Anteil der schweren Nebenwirkungen viel höher liegt, nämlich bei zwei Drittel bis drei Viertel der gemeldeten Fälle. Noch eine Auffälligkeit: Frankreich, Spanien und Italien melden deutlich mehr Nebenwirkungen als zum Beispiel Deutschland. Da es hier keine plausible biologische Begründung gibt, muss angenommen werden, dass in Deutschland eine sehr hohe Dunkelziffer an nicht gemeldeten Fällen existiert.

Für Italien kann man sehen, dass die gemeldeten Nebenwirkungen etwa ein Prozent der Geimpften betreffen (4.034.000 Geimpfte, 41.476 gemeldete Nebenwirkungen). Für eine Therapie für Erkrankte mag das eine erfreulich niedrige Zahl an Nebenwirkungen sein. Man sollte aber bedenken, dass es sich bei der Impfung um eine Vorsorgemaßnahme bei vollkommen gesunden Menschen handelt. Hier werden im Zusammenhang mit Impfungen Beschwerden von vorher gesunden Menschen zurückgemeldet. Wir können noch nichts über bleibende Schäden sagen, weil uns die Studien zu Langzeitwirkungen fehlen.

MELDUNG

LEERE KRANKENHÄUSER

DW/Berlin Nach einem Bericht des *Ärzteblatts* vom 12. März 2021 gab es im Pandemiejahr 2020 eine »Historisch niedrige Bettenauslastung« in deutschen Krankenhäusern. Die Fallzahlen seien um 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken. So gingen die Krankenhausfälle der Lungenkrankheiten Asthma und COPD um 29 Prozent beziehungsweise 26 Prozent zurück. Die Autoren begründen dies damit, dass diese Fälle auch im ambulanten Bereich behandelt werden konnten. Die Autoren befürchten jedoch, dass sich das Verhalten einer gesunkenen Inanspruchnahme von Krankenhausleistungen verstetigen könne. (hes)

STELL DIR VOR, ES IST IMPFTAG...

DW/ Kopenhagen. Laut Meldung des *Tagesspiegel* vom 22. März 2021 will Dänemark trotz Erlaubnis der EMA den Astrazeneca-Wirkstoff nicht weiter nutzen, da zwei weitere Thrombose-Fälle bei geimpften Krankenschwestern aufgetaucht waren. Auch in Norwegen starben nach Meldung des *Redaktionsnetzwerks Deutschland* vom 21. März zwei weitere Personen unter 55 Jahren im Krankenhaus nach der Impfung. Südafrika verkaufte derweil seinen Vorrat des Stoffes an die Nachbarländer und beendete die Impfkampagne. (bnd)

... UND KEINER GEHT HIN

DW/Berlin. Laut *RBB*-Abendschau bleiben die Impfzentren in Berlin leer und Termine verfielen massenhaft, da sich kaum jemand von Astrazeneca impfen lassen möchte. Zuvor hatte bereits ein Großteil des Berliner Pflegepersonals auf die Impfung verzichtet, wobei die Sorge vor Arbeitsunfähigkeit wegen extremen Kopfschmerzen, Übelkeit und Schüttelfrost nur einen Teil der Überlegungen ausmachten. (hes)

Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland
(gestrichelte Werte enthalten Schätzanteil)

Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt (Stand 22.03.2021), COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut (Stand 19.03.2021)

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

NIEDERSCHLUSS BIS MITTE APRIL 2021

Berlin/DW. Wie erwartet, verlängerte die verfassungswidrige Bund-Länder-Runde des Merkel-Staates den Niederschluss (*Lockdown*) bis 16. April 2021. Dies gab die formal amtierende Bundeskanzlerin am Dienstagmorgen in Berlin bekannt. Die *Zoom*-Konferenzen mit Merkel bezeichnete der Ministerpräsident des Landes Thüringen, Bodo Ramelow, als »Wartezeit«. Nach Bekanntgabe der Zwangsschließung der Kirchen an Ostern, musste Merkel am Mittwoch in diesem Punkt einlenken (bekannte »Salamitakik«). Sie »übernehme aber die volle Verantwortung«, erklärte die 15-jährige Kanzlerin. (ale)

PRESSESCHAU »INZIDENZEN«

Berlin/DW. Das *Handelsblatt* schrieb am 22.3.2021 auf Seite 9 über die Zunahme der Inzidenzen: »Die Politik orientiert sich wieder einmal an Inzidenzwerten, deren Aussagekraft zunehmend umstritten ist. Kritiker weisen seit einiger Zeit darauf hin, dass die Sieben-Tage-Inzidenz von statistischen Effekten wie dem Testumfang abhängt und ein unvollständiges Bild der Pandemielage zeichnet.« Eine Zunahme der gemessenen Neuinfektionen fiele demnach zusammen mit der kostenlosen Abgabe von Corona-Schnelltests in Apotheken seit dem 8. März: »Bei positiven Schnelltests würde eine Bestätigung durch einen PCR-Test ein bis zwei Tage später vorliegen.« Das *Handelsblatt* zitiert die Covid-19 Data Analysis Group der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität: »Der auffällige Sprung zum 10. März fällt genau mit diesem Zeitfenster zusammen.« (hp)

CDU-POLITIKERIN UNERWARTET AN HERZVERSAGEN GESTORBEN

DW/Rostock. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Karin Strenz aus Mecklenburg-Vorpommern ist beim Rückflug von einem Urlaub in Kuba plötzlich und unerwartet an einem Herzversagen verstorben. Gegen Karin Strenz war ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Sie soll 22.000 Euro von der Regierung der Kaukasusrepublik Aserbaidschan erhalten haben, um das Image des ölreichen Landes aufzupolieren. Der Regierung von Ilham Alijew werden vom Westen Menschenrechtsverletzungen in Aserbaidschan vorgeworfen. Alijew soll systematisch Bundestagsabgeordnete mit seiner »Kaviar-Diplomatie« als Lobbyisten geworben haben. Die Vorwürfe betreffen neben Frau Strenz die Abgeordneten Eduard Lintner (CSU), Mark Hauptmann (CDU) sowie den Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Thomas Bareiß. (hp)

FRANZOSEN BEFREIEN THEATER

Paris/DW. Die französische Demokratiebewegung hat im März alle großen Theater des Landes befreit, darunter das bekannte Pariser Odéon. Die Bewegung verbindet sich inzwischen mit den revolutionären »Gelbwesten«. (ale)

DEMOKRATIEBEWEGUNG FEIERT EINJÄHRIGES

Am kommenden 28. März 2021 feiert die Demokratiebewegung ihr erstes Jahr – dies am Palmsonntag um 14:30 Uhr auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin. Schon um 12 Uhr am Nettelbeckplatz beim Berliner S-Bahnhof Wedding startet der Treck der Initiativen unter anderem mit Captain Future, Batty N'Diaye und der Freedom Parade, der Demokratischen Gewerkschaft, Berlin steht auf, dem Corona-Untersuchungsausschuss, Querdenkern, Freidenkern, NichtOhneUns, Anwälten für Aufklärung, Robert F. Kennedy, Uli Gellermann, Vertretern aller Glaubensgemeinschaften und sympathischen und offenherzigen Leuten aus der gesellschaftlichen Mitte mit vielen Kindern. Die feierliche und würdige Kundgebung vor der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz geht dann in ein Tanzfest für Jung und Alt bis in die Abendstunden über.

ES LEBE DIE FREIHEIT!

Denn die deutsche Demokratiebewegung hat bereits einige Erfolge errungen. Nach zwei Diktaturen auf deutschem Boden ist die Bevölkerung gegen totalitäre Übergriffe auch aus sich selbst heraus sensibilisiert. Zum ersten Mal in der Geschichte war Deutschland Vorreiterin der Demokratie. Denn die deutsche Demokratiebewegung in ihrer ganzen unteilbaren und auf lange Sicht unbesiegbaren Dezentralität ist zum Vorbild des Widerstandes auch in anderen Ländern des Erdballs geworden. Mit den Millionendemonstrationen von Berlin, den Hunderttausenden allein in Kassel am vergangenen Samstag, vor allem aber den Abertausenden kleinen und mittleren Demonstrationen im ganzen Land seit April 2020, in allen Regionen, jeder Kleinstadt und jedem Landkreis, ist die deutsche Demokratiebewegung überall.

Ein riesiges Netzwerk aus Anwaltskollegen, Ärztinnengruppen, Journalisten, Arbeitern, Gewerbetreibenden, Unternehmern, Bauern, Ingenieuren, Studenten, Rentnern, Informationstechnologen, Künstlern und Familien ist im ganzen Land aufgestanden. Die Demokratiebewegung ist heute überall. In jeder Behörde, in jedem größeren Betrieb, in jeder Polizeieinheit, sogar im engsten Mitarbeiterstab von Bundes- und Landesregierungen gibt es Sympathisanten, Informanten und sogar Aktive der Demokratiebewegung. Dahinter gibt es kein Zurück. Gegen diese demokratische Macht, die sich nicht in atomisierte Cluster aufspalten lässt und trotzdem beweglich und durchlässig ist, ist kein Kraut gewachsen. Die demokratische Revolution Deutschlands hat demographisch und gesellschaftlich damit bereits begonnen, auch wenn sie administrativ noch nicht durchwirkt. Aber der Zeitpunkt rückt näher.

DER AUFBRUCH

Den Mitgliedern der politmedialen Kaste bleibt nur noch ein kleines Zeitfenster, um einzulenken und jeweils für sich selbst die Chance zu suchen, sich in den Prozess der demokratischen Öffnung hinüberzuretten – oder den Versuch zu unternehmen, sich weiterhin mit Gewaltherrschaft, Lüge und Wahlfälschungen in eine Parallelwelt zu verabschieden. Doch gelingen kann dies nicht auf Dauer, und das Urteil der Geschichte würde nicht den Hauch einer Gnade kennen. Zumal die Verantwortlichen bis hinein in die mittlere und sogar die unterste ausführende Ebene der Institutionen und Medienbetriebe mehr und mehr bekannt und die Vorgänge für Klagen und Aufarbeitung archiviert werden.

Es bleibt also nur ein Ende mit Schrecken oder der Schrecken ohne Ende. Völlig unbenommen davon ist die Sehnsucht nach seriöser Umweltschonung, einer seriösen Reaktion auf die Erderwärmung sowie ökonomischem Ausgleich: Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit. Diese Themen sind durch das Corona-Regime pausiert und aufgeschoben worden, was leider auch als eines der Ziele des Putsches gelten muss.

Das Stichwort »Re-Set« hat insbesondere jene zurückgesetzt, die sich erhebliche Verbesserungen für Umwelt und Soziales erhofften. Diese präemptive Schockstrategie durch eine zivile Propagandakriegführung unter US-Führung war und ist das Ziel des Putsches. Schließlich golt es sehr wahrscheinlich, ganz nebenbei eine Präsidentschaftswahl in den USA zu fälschen. Für solcherlei braucht man dann schonmal die Hilfe von Big Tech, Big Pharma und dem »Tiefen Staat«.

Lebensmäßig aber kann der Corona-Ausnahmezustand auch als eine Art Selbstverbrennung der politmedialen Kaste gedeutet werden. Als ein letzter dramatischer Akt, eine Form der Selbstaufgabe auf der Weltbühne. Jedenfalls in Gang gesetzt wurde eine demokratische und ökonomische Neuformierung: Die Demokratiebewegung in Deutschland hat derartig viele positive und jenseits des Geldes oder der militärischen Macht haltbare Strukturen aufgebaut, die auch ökonomische und soziale Sicherheit in sich bergen, dass die Initiative damit klar auf die Seite der echten Zivilgesellschaft gewechselt ist.

Hier wird die Zukunft gemacht! Aus der Demokratiebewegung heraus ist der Keim des Aufbruches in die neue Epoche bereits entstanden. Auch rohe Gewalt, Zensur und Geschichtsklitterung würden nicht aufhalten können, was täglich wächst, sondern nur zur weiteren Legendenbildung beitragen. Der Sieg der Demokratiebewegung wird umfassend sein – so oder so.

KLARE, NACHVOLLZIEHBARE ZIELE DER DEMOKRATIEBEWEGUNG

Gegen den Rückfall der Politik in voraufgeklärte Zustände erhob sich bereits am 28. März 2020 das Haupt der Demokratie in Berlin auf dem Rosa-Luxemburg-Platz. Die Demokratiebewegung entstand. Die Ziele sind von Beginn an klar, rational und durchführbar: Erstens die sinn- und wortgetreue Einhaltung der ersten 20 Artikel des Grundgesetzes und damit ein Ende des verfassungswidrigen Ausnahmezustandes. Zweitens, die vollständige Wahrung der Würde der Alten und der Kranken und damit ein Ende des Spiels mit Panik, kumulativem Totenkult, Isolation und Zwangsversuchen an Menschen mit Impfstoffen. Drittens, die Beendigung des obrigkeitsstaatlichen Terrors und Beendigung des Notstands-Regimes. Fünftens, vernünftige Wahlen, umfassende politische Transparenz, Volksentscheide in allen grundlegenden Fragen inklusive der Rahmengesetzgebung für unser künftiges Wirtschaftssystem.

Die gewollten Risse in unserer Gesellschaft sind durch die »Corona« derart vertieft worden, dass sie nur durch eine politische Häutung überwunden werden können. Die Bundesrepublik muss von unten nach oben erneuert werden und das bedeutet einen souveränen Akt des Volkes, das sich von Fremdherrschaft und undemokratischen Strukturen befreit, um in eigener Entscheidung in allen grundlegenden Fragen friedlich neu zu verfassen, wie es im Grundgesetz in Artikel 146 vorgesehen ist.

Ohnehin ist das Grundgesetz ein weiser Text, der jedem Bundesbürger in Artikel 20 Absatz 4 ein umfassendes Widerstandsrecht zusichert, wenn eine inländische oder fremde Machtgruppe den Versuch unternimmt, die freiheitlich-demokratische Grundordnung und den sozialen und föderalen Charakter zu beseitigen. Dies alles ist derzeit ohne jeden Zweifel der Fall. Doch der Zivilisationsbruch einiger New-Age-Sektierer unter Führung eines Teils des US-Kapitals und chinesischer Profiteure ist nicht vollendet, sondern umkehrbar und damit in den längst überfälligen positiven Aufbruch für ein neutrales und souveränes, ungefährliches und menschenfreundliches Deutschland. Dieser Aufbruch findet allerdings unumkehrbar statt.

Text: Anselm Lenz. Der Artikel erschien zuerst am Mittwoch, 24. März 2021 im unabhängigen Journalistenportal KenFM.de.



Hunderttausende demonstrierten für die Wiederherstellung d

der Grundrechte in Kassel am 20. März. Foto: Steve Schramm

Österreich: Reibungen im Corona-Regime

Konflikte in der Regierung, neue Repressalien und Druck aus der Demokratiebewegung. | Von Eric Angerer

Es läuft nicht gut für die schwarz-grüne Bundesregierung in Österreich. Laut Umfragen sinken die Zustimmungswerte, während die Ablehnung ihrer Maßnahmen stärker wird und die Impfbereitschaft wieder etwas zurückgeht. Letzteres hängt mit etlichen Fällen von Blutgerinseln bei Geimpften zusammen.

Anders als einige andere Länder setzt Österreich ohne Unterbrechung auf den Impfstoff von Astrazeneca. Das wiederum liegt daran, dass die Regierung hauptsächlich von diesem Konzern eingekauft und das Potenzial von Pfizer-Dosen nicht ausgeschöpft hat. Kanzler Kurz und Gesundheitsminister Anschober versuchen die Schuld dabei nun höheren Beamten zuzuschieben – als wenn sie nicht informiert gewesen wären. Dass eine verantwortungslose Impfkampagne, die unabsehbare Langzeitfolgen für Millionen gesunde Menschen in Kauf nimmt, ins Stocken gerät, kann der Widerstandsbewegung nur recht sein. Selbstverständlich sind die Substanzen von Pfizer oder Moderna wohl um nichts besser.

Dazu kommt der Skandal um die FFP2-Masken-Produktion der Firma Hygiene Austria. Es sollen chinesische Masken als heimische ausgegeben worden sein, die »Schutzwirkung« soll geringer sein als behauptet – und nebenbei auch noch im großen Stil Schwarzarbeiter beschäftigt worden sein. Pikant dabei ist, dass in der Führung von Hygiene Austria Verwandte und Freunde von ÖVP-Politikern sitzen und dass Österreich eines der wenigen Länder ist, das in vielen Bereichen eine FFP2-Maskenpflicht eingeführt hat. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Natürlich thematisieren die Mainstream-Medien bestenfalls die Korruption und stellen die Verpflichtung zu FFP2-Masken und ihre negativen gesundheitlichen und psychosozialen Folgen nicht in Frage.

DRUCK DER WIDERSTANDSBEWEGUNG WÄCHST

Und schließlich wächst die Ablehnung gegenüber den Corona-Maßnahmen und der Druck der Widerstandsbewegung. Am 20. März demonstrierten in Wien erneut Tausende. Noch bemerkenswerter ist allerdings eine aktuelle Gallup-Umfrage, nach der 36 Prozent der Bevölkerung die Demos gut finden – und das trotz der systematischen Diffamierung durch die Mainstream-Medien. Unter den 31- bis 50-Jährigen sind es sogar 45 Prozent und besonders hoch ist die Zustimmung in Haushalten mit Kindern, bei geringem Einkommen und bei Selbstständigen. Das Misstrauen gegenüber den Mainstream-Medien ist – mit 35 Prozent – hingegen besonders bei den Unter-30-Jährigen hoch. Die Meinungsforscher sorgen sich, dass die politischen Institutionen und die etablierten Medien so viele Menschen dauerhaft verloren haben. Gut so!

REGIERUNG SETZT AUF UNTERDRÜCKUNG

Dass die Regierung dieser Stimmung substantiell nachgibt, ist nicht zu erwarten. Immerhin ist das globalistische Parteienkartell aus Christdemokraten, Grünen, Sozialdemokraten und Liberalen der weltweiten Agenda des *Great Reset* verpflichtet. Und so setzt die Regierung weiter auf Repressalien gegen die Bevölkerung. Demonstrationen von Tausenden Kritikern am 20. März wurden von der Polizei erneut mit Einkesselungen, Pfefferspray und Festnahmen beantwortet. Aktuell werden – ausschließlich auf der Basis von fragwürdigen Inzidenzen – Gemeinden oder ganze Bezirke abgeriegelt, die »Ausreise« nur mit negativen Tests erlaubt; das führt auch bei ÖVP-Lokalpolitikern zu wenig Begeisterung. Nach ziemlichen Konflikten in der Regierung sowie zwischen Regierung und Landeshauptleuten soll es nun statt Lockerungen zu Ostern für Ostösterreich sogar gewisse Verschärfungen geben. Außerdem soll schon ab April ein »Grüner Pass« eingeführt werden, der auf die Diskriminierung von Ungeimpften hinauslaufen wird.

HAUPTAUSEINANDERSETZUNGEN STEHEN NOCH BEVOR

Abgerundet wird das alles durch neue Grundrechteeinschränkungen durch Anschober: Jetzt sollen harte nächtliche Ausgangssperren bereits dann möglich sein, wenn die Kontaktnachverfolgung auf Grund der unkontrollierten Virusverbreitung nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Und wenn es die »pandemische« Lage erfordert, sollen Treffen ab vier Erwachsenen als Veranstaltung gelten, die angemeldet werden muss und für die es bei Verstößen bis zu 30.000 Euro Geldstrafen und sogar mehrwöchige Haft geben soll. Nach massiven Protesten der Opposition, der schwarzen Wirtschaftskammer, des roten Gewerkschaftsbundes und der Rechtsanwaltskammer, können solche Verordnungen des Gesundheitsministeriums nun doch nur befristet erlassen werden. Die autoritäre Stoßrichtung bleibt. Die Hauptauseinandersetzungen zwischen totalitärem Globalismus und dem Widerstand aus der Bevölkerung stehen noch bevor.



Zu Tode geritten. *Karikatur: Laurin Hruby*



DEMOWENDE? FREIE BÜRGER ZIEHEN DURCH KASSEL

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Allen Versuchen von Behörden und Gerichten zum Trotz gingen am Samstag, den 20. März mehr als Hunderttausend Menschen für Frieden, Freiheit und Demokratie in Kassel auf die Straße. Die Bewegung aus der Mitte der Gesellschaft traf sich in der Mitte von Deutschland, um ihren Unmut über ein Jahr voller Freiheitsbeschränkungen kundzutun.

Nachdem die Stadt und der Verwaltungsgerichtshof Kassel die Demonstration auf der weitläufigen Karlswiese, einer idealen Versammlungsfläche, verboten hatten, teilte sich das Versammlungsgeschehen auf. Aufgrund der gerichtlich verfügten Teilnehmerbeschränkung besuchten »nur« circa 5.000 Teilnehmer die stationäre Kundgebung mit hochkarätigen Rednern außerhalb des Stadtzentrums.

Zur selben Zeit versammelten sich rund Hunderttausend Demonstranten im Stadtzentrum im Bereich des Friedrichplatzes und zogen in mehreren Demonstrationszügen durch Kassel, wobei sie sich auch von der Polizei nicht aufhalten ließen, die anfangs noch versuchte, die spontanen Demonstrationszüge zu unterbinden. Nach anfänglichen Scharmützeln, die in den Massenmedien zu Gewalteskalationen von Demonstranten hochstilisiert wurden, blieb es den ganzen Nachmittag über friedlich, mit Ausnahme des Angriffs auf unseren Kollegen Boris Reitschuster, mutmaßlich durch sogenannte »Antifaschisten«.

Der zentrale Friedrichsplatz war voll mit Demonstranten, die für Grundrechte, Demokratie und Freiheit einstanden und ihre Anliegen mit Transparenten, Schildern und Aktionen Ausdruck verliehen. Jede Stunde starteten Demonstrationszüge durch die Dokumentastadt.

Vor allem die SPD übte scharfe Kritik am Polizeieinsatz, den sie als »unverständliches Zurückweichen des Staates vor Coronaleugnern« bezeichnete. Gleichzeitig kritisierte die SPD das vermeintlich überharte Vorgehen gegen Gegendemonstranten, diese versuchten mittels Fahrradblockaden, die Demonstrationszüge aufzuhalten. Hierbei ist anzumerken, dass es auf Versammlungen Kernaufgabe der Polizei ist, Zusammenstöße zwischen verschiedenen Lagern zu verhindern. Es entsteht der Eindruck, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Unabhängig davon, die Demonstration in Kassel kann als Wendepunkt gesehen werden, da erstmals nicht die Bühne im Vordergrund stand sondern die Straße. Demonstrationsbeschränkungen dürften diese Bewegung nicht mehr aufhalten können.

Netzwerk



Die Übersichtskarte zeigt die Anmeldung von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de, demokratischegewerkschaft.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via* demokratischer-kalender.de*!*

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84. BIC: GENODEF1SLR.

»JUGEND INFORMIERT« REIST DURCH BAYERN!

Das Corona-Regime trifft Jugendliche und Schüler besonders hart. Glauben an Redlichkeit vieler Erwachsener bricht auf breiter Front ein. Drei mutige Damen gründeten Interessenverband.

Eine Vielzahl von Orgaisationen wendet sich gegen den Zivilisationsbruch unter dem Stichwort »Corona«. Für Eltern steht etwa der Verein »Eltern stehen auf« seit Monaten bereit. Nun haben auch Jugendliche, Schüler und junge Erwachsene ihren eigene Organisation, um für Aufklärung, einzutreten.

Antonia Kellenberger und Julia Weikl gründeten im Oktober 2020 »Jugend informiert« zunächst unter dem Namen Corona-Jugend. Anna D. kam als Studentin in den ersten Semestern hinzu. »Gestartet haben wir so, dass wir einen Leitfaden entwickelt haben für Schüler, damit sie wissen, wie sie sich in gewissen Situationen verhalten können«, erläutert das Kernteam der Gruppe im Gespräch mit DW. »Zum Beispiel, wenn eine Massentestung stattfindet oder Mitschülern oder einem selbst schlecht geht unter der Maske« sei das hilfreich.

Vor Kurzem hat »Jugend informiert« Schulen in ganz Bayern bereist und sich mit Vertrauenslehrern, Sekretärinnen, Schulleitern, Lehrern und Tausenden Schülern unterhalten. Dies, »um uns anzuschauen, wie es den Menschen wirklich mit dem Maßnahmenregime geht«. Der Wissensstand sei erschreckend gering und die Meisten von der Situation noch immer völlig überrumpelt.

Lehrer und Schulleiter konnten gar nicht glauben, dass Antonia und Anna derzeit vom Schulbetrieb zwangsausgeschlossen werden, weil sie keine Maske tragen dürfen, Massentests verweigern und sogar Gerichtsverfahren gegen die Schulausschlüsse bislang teilweise verloren wurden. Die Aktiven sind im Netz per Telegramm @ Jugend informiert erreichbar. (ale)

In DW N°42 folgt ein eigener Bericht der Gruppe.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Online nichtohneuns.de — Termine an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

27.03.2021 10:30-13 Uhr	Rottweil, Großer Parkplatz beim Freibad	Autokorso für Grundrechte
27.03.2021 13-15 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Blume-Brunnen (Lange Str. 2)	Kundgebung "WIR müssen reden - Immunität für Demokratie & Sicherheit"
27.03.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
27.03.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Schützenplatz	Autokorso für Grundrechte
27.03.2021 13:30-16 Uhr	Trier, Niederkircher Str. 42	Autokorso für Grundrechte
27.03.2021 13:30-16 Uhr	Brandenburg an der Havel, Wiesenweg	Autokorso für Demokratie & Selbstbesimmung
27.03.2021 14:30-16 Uhr	Bad Tölz, Isarufer	Schilderdemo
27.03.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese	Autokorso
27.03.2021 14-16 Uhr	Oldenburg, Schlossplatz	Schweigemarsch
27.03.2021 15-16:30 Uhr	Kaiserslautern, Parkplatz Holtzendorffstr.	Autokorso - Lautern steht auf
27.03.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
27.03.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
27.03.2021 15-17 Uhr	Hamburg, Rathausmarkt	Demotour - Wie finden wir wieder zusammen?
27.03.2021 14-18 Uhr	Chemnitz, Brückenstr. / Karl-Marx-Monument	Großdemo
27.03.2021 14-18 Uhr	Köln, Deutzer Werft	Autokorso für Grundrechte
27.03.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
27.03.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Marienplatz	UlliOma & Friends
27.03.2021 15:30-19 Uhr	Nürnberg, Ort siehe *online*	Demo für Grundrechte und Rücktritt von Söder
27.03.2021 16-19 Uhr (jeden 2. Sa)	Landshut, Parkplatz Wittstraße 1	Autokorso für Grundrechte
27.03.2021 18-19:30 Uhr (jeden Sa)	Reutlingen, Marktplatz	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Wahrheit und Demokratie
27.03.2021 15-20 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Aufzug
28.03.2021 12-14:30 Uhr	Berlin, Nettelbeckplatz	Demotour - Wir sind viele
28.03.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
28.03.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
28.03.2021 14-16 Uhr	Passau, Klostergarten	Großkundgebung
28.03.2021 14-16 Uhr	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Demozug zum Schutz der Kinder
28.03.2021 13-16 Uhr	Friedrichsdorf, Marie-Curie-Straße	Autokorso für Grundrechte
28.03.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
28.03.2021 12-17 Uhr	Hagen, Springemarktplatz	Megademo - 3. Hagener Impformationstag
28.03.2021 13:30-17:30 Uhr	Darmstadt, Karolinenplatz	Regierungsrücktritt & Frühlingserwachen
28.03.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden So)	Olching, Volksfestplatz (Toni-März-Str. 1)	Kundgebung für Grundrechte
28.03.2021 13:30-17:30 Uhr	Darmstadt, Karolinenplatz	Regierungsrücktritt & Frühlingserwachen
28.03.2021 14:30-18 Uhr	Berlin, Rosa-Luxemburg-Platz	Demo - Das Grundgesetz gilt auch heute
29.03.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
29.03.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
29.03.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Bernau, Bahnhofsvorplatz	Montagsdemo Bernau
29.03.2021 18-19 Uhr (jeden Mo)	Schwäbisch Hall, Froschgraben	Querdenker-Treffen
29.03.2021 18-19 Uhr	Bad Tölz, Marktstraße	Schildermahnwache
29.03.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
29.03.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
29.03.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen	Demokratieflashmob
29.03.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Osnabrück, Rathaus	Montagsdemo
29.03.2021 16:45-20 Uhr	Ludwigsburg, Päd. Hochschule (Reuteallee)	Autokorso gegen Impfverbrechen
29.03.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustausch & Spaziergang
29.03.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Konstanzer Münster (Münsterpl. 1)	Montagsspaziergang
29.03.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
29.03.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Montagsdemo
29.03.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Neubrandenburg, Marktplatz	Montagsspaziergang
29.03.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin, P+R Parkplatz S-Bhf Pankow	Autokorso Berlin Nord
30.03.2021 18:30-19:30 Uhr (jeden Di)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Mahnwache
30.03.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
30.03.2021 18-21 Uhr (jeden Di)	Dortmund, Parkplatz Hohensyburgstr.	Autokorso für Grundrechte
31.03.2021 12-15 Uhr (jeden Mi)	Berlin, Potsdamer Pl. Ecke Ebertstr.	Mahnwache "Im Namen der Kunst"
31.03.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawaplatz	Mahnwache Rosenheim
01.04.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
01.04.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
01.04.2021 17-19 Uhr (jeden Do)	Traunstein, Stadtplatz	Lasst uns reden
01.04.2021 18-21 Uhr (jeden Do)	Hagen, Am Sportpark 34	Autokorso für Grundrechte
02.04.2021 15:30-18:15 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für Frieden & Dialog
02.04.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
02.04.2021 16:30-19 Uhr (jeden Fr)	Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd	Autokorso für Grundrechte
02.04.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Karlsplatz (oder: siehe online)	Open Mic - Demokratie leben
02.04.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Weißenhorn, Rathausplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
02.04.2021 17:30-20 Uhr (jeden Fr)	Spremberg, Parkplatz Georgenstraße	Autokorso für Grundrechte
03.04.2021 14-17 Uhr	Stuttgart, Canstatter Wasen	Bundesweite Demo - Grundrechte sind nicht verhandelbar
03.04.2021 19-21 Uhr (jeden 2. Sa)	Rheinstetten, Rappenwörthstr. 49	Abendspaziergang
05.04.2021 11:30-13 Uhr	Alsbach-Hähnlein, Am Hinkelstein	Freiheitsmarsch Bergstraße
05.04.2021 13:30-16:30 Uhr	Bensheim, Krone-Park	Freiheitsmarsch Bergstraße - Kundgebung
05.04.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
06.04.2021 18-21 Uhr (jeden Di)	Dortmund, Parkplatz E2 Reymdamm	Autokorso für Grundrechte
07.04.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawaplatz	Mahnwache Rosenheim
12.04.2021 17-19 Uhr (jeden Mo)	München, Max Joseph Platz (vor der Oper)	Magic Monday MediTANZion
19.04.2021 17-19 Uhr (jeden Mo)	München, Marienplatz o. Max-Joseph-Platz	Magic Monday MediTANZion
01.05.2021 14-22 Uhr	München, Theresienwiese	Großdemonstration
01.08.2021 12-23:59 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo
29.08.2021 12-23:59 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Großdemo

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

Hoch soll sie leben!

Ein Ständchen zum ersten Geburtstag der Demokratiebewegung | Von Nicolas Riedl

Liebe Demokratiebewegung, heute wirst du ein bescheidenes Jahr alt, doch hast du allein in diesem mehr erreicht als andere in Jahrzehnten.

Dabei hat dein Sein so bescheiden angefangen. Du wurdest in der Stille geboren. Es war die erste Woche der neuen Abnormalität, am Ende des März im Jahr 2020. *Shutdown* hieß für die vielen anderen Bewegungen »shut up!«. Und sie leisteten dem Folge. Die Klimabewegungen flüchteten sich in die 100 Prozent Co2-neutrale Welt der *Streams*, die Linke blieb links liegen, die Sammlungsbewegung »aufstehen« setzte sich hin... und du, liebe Demokratiebewegung, standest auf. Standest auf, wo alle anderen liegen blieben. Geboren wurdest du in Anwesenheit weniger Dutzend Menschen auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz. Deine Wiege ein dünner, mit Grundgesetz-Exemplaren gefüllter Pappkarton. Die Menschen entnahmen vorsichtig die Exemplare unserer Verfassung, deren fundamentaler Bedeutung sie sich wohl erst in dem Moment bewusst wurden, als sie nicht mehr da war.

Deine Feinde, beziehungsweise ihre Schergen, versuchten deine ersten Schreie nach der Geburt zum Verstummen zu bringen. Doch vergebens. Am 28. März strömten die Menschen in die restliche Stadt und auf die Lande hinaus und verkündeten die frohe Botschaft: Eine neue Bewegung ward geboren! Echter, authentischer und vor allen Dingen menschlicher, als all die vom Establishment tolerierten *Movements*, die sich in der Stunde der Bewährung als gesteuerte Opposition entpuppten. Es dauerte nicht lange, da begannen im ganzen Lande die Menschen dezentral mit dem Grundgesetz in Händen durch die Städte und Ortschaften zu spazieren oder mit diesen zu meditieren, quer zu denken. Es dauerte nicht lange, da hinterließen deine ersten Schritte schon Fußabdrücke. Du setztest vor Gericht das Recht auf Demonstrationen durch.

Andere sollten dann im Mai auf den Plan treten, um *deine* Früchte zu kosten, ohne sich auch nur im Ansatz dafür bei dir zu bedanken. *Black Lives Matter* (BLM) strömte entgegen aller Vorgaben des Corona-Regimes auf die Straße, während du, liebe Demokratie-Bewegung, genau deswegen dich rechtfertigen und auf das aller Übelste beleidigen lassen musstest. Hier zeichnete sich zum ersten mal ab, aus welchen Charakteren du dich zusammensetzt. Es sind die Menschen, die das Leben noch vom Leben kennen, die sich nicht durch die Indoktrination der drittmittelfinanzierten Unis haben verbilden lassen, die (nach Tucholsky) manches falsch verstehen, aber stets das richtige fühlen. Fühlen! Ja, es ist diese Fähigkeit, der die meisten deiner Anhänger und Anhängerinnen noch fähig sind. Sie besitzen noch eine gesunde Intuition und lassen sich nicht von hysterie- und skandalgeschwängerten Reiz-Reaktions-Schemen triggern.

Dann machtest du dich am 1. August unüberhörbar bemerkbar. Millionen strömten fröhlich und friedlich durch Berlin, füllten die Straßen und verdrängten die neue Abnormalität in die Hipsterstuben Kreuzbergs, während sich in Berlin-Mitte für einen Tag das *Best-of* der alten Normalität breit machte. Die wenigen bezahlten Radau-Apparatschiks des Corona-Regimes standen indes mit der rat- und fassungslosen (Körper-)Haltung des C3PO daneben. Mit deinem ersten Herbst hattest du es nicht leicht. Eine mediale Schlammladung nach der anderen platschte in dein Gesicht. Fallen wurden dir gelegt. Der Verfassungsschutz – der vorgeblich das schützen soll, was du wiedererlangen möchtest – wurde auf dich angesetzt. Antidemokraten und Grundrechteleugner bezichtigten dich des Faschismus. Pure Diabolik!

Aber du hast wacker durchgestanden und so brennt heute auf deinem Geburtstagskuchen die erste Kerze, deren Flamme jedem aufrechten Demokraten und jeder aufrechten Demokratin ein wärmendes Lagerfeuer ist. Das Feuer der Demokratie ist in nahezu allen Ländern entfacht, im wärmenden, nicht im zerstörerischen Sinne. Faschistische Technokraten und ihre Handlager versuchen verzweifelt, dieses Feuer mit noch mehr Repression zu löschen. Die Wasserwerfer stehen sinnbildlich dafür. Vielleicht sollte den Putschisten mal jemand erklären, dass man in brennendes Öl besser kein Wasser gießt.



Foto: DW/Steve Schramm

Demo in Kassel: Gehirnwäsche fehl am Platz.

Eine Frage der Größe des Herzens

Unser rasender Reporter Clark Kent berichtet von Versammlungen der Demokratiebewegung in ganz Deutschland.

Bei all den negativen Nachrichten, die uns täglich erreichen, möchte ich hier die positiven hervorheben.

Die jüngste Großdemonstration war am Samstag in Kassel. Grundsätzlich dient eine Demonstration der Meinungsäußerung, jedoch spielt die Stimmung, die dort entsteht, mindestens genauso eine Rolle – gerade bei dem derzeitigen Informationskrieg, indem stark *geframed* wird.

Die Stimmung, die ich dort erlebt habe, ist kaum in Worte zu fassen. In der Psychologie ist schon lange bekannt, dass Rituale und Traditionen das Wir-Gefühl stärken. In einer Studie wurde bei einem Fußballspiel die Herzfrequenz der Zuschauer miteinander verglichen. Das Resultat zeigte durchwegs ähnliche Pulsschläge, was zeigt, dass die Menschen im Stadion ein ähnliches Gefühl hatten. Wir brauchen also Rituale, um uns als soziale Wesen zusammengehörig zu fühlen oder andersherum, wir fühlen uns ohne Rituale verloren und einsam. Genau aus diesem Grund ist diese Demonstration ein Meilenstein gewesen, weil sie uns geeint hat. Bis auf ein paar kleine Störungen, die kaum aufgefallen sind, ging es dort sehr friedlich zu und die Menge an Menschen war groß – sehr groß.

Die Frage ist nun, wie groß? Und kommt es wirklich auf die Größe an? Als Mann kann ich nur sagen, dass die Größe keine Rolle spielen sollte, denn das ist nur eine Zahl, die vom eigentlichen Thema ablenkt. Es geht um das Gefühl, das man dabei hat. Um es nochmal klarzustellen, wir reden hier von der Demonstrationsgröße. Also der Anzahl der Demonstranten.

Eine Diskussion über diese Zahl bringt nichts, denn sie lenkt von der eigentlichen Aussage ab, die so gigantisch war, dass ich es als ein historisches Ereignis bezeichnen würde. Natürlich versuchen die Zeitungen alles kleinzureden, damit sie ihre Propaganda weiterbetreiben können. Apropos Propaganda: Die Zeitungen haben nicht nur ein Problem bei der Einschätzung der Anzahl von Leuten, sondern auch bei der Einschätzung der Personen. Auf meiner Reise vom obersten Norden (Niebüll) bis in den tiefsten Süden (Oberaudorf) habe ich Menschen besucht, mit ihnen zusammen gelebt, ihr Leid und ihre Freude geteilt.

Auch hier liegen viele Zeitungen falsch, denn diese Menschen lieben, helfen und stehen zusammen. Diese Menschen ertragen so viel Häme, verbale Attacken, gesellschaftlichen Ausschluss. Sie verlieren ihren Job, ihre Familie und viele Freunde. Und trotzdem sind sie hilfreich, nett und entgegenkommend. Sie geben, was sie können. Sie haben ein Herz. Und sollte es doch auf die Größe ankommen, dann doch auf die Größe des Herzens.



»Man kann mich nicht brechen«

Über den Versuch, eine Aktivistin mundtot zu machen. | Von Hannes Henkelmann

Diesmal spreche ich mit der Friedensaktivistin Eva Rosen in Kassel. Sie stellt mir ihre aktuellen Projekte vor. Und auch ein skandalöser Übergriff der Polizei vor der Landtagsdemonstration in Dresden darf hier nicht unerwähnt bleiben.

DW: Was sagen Sie zur Veranstaltung hier in Kassel? Wie gefällt Ihnen die Atmosphäre?
Eva Rosen: Die heutige Demonstration ist für mich ein Meilenstein. Es fällt viel von mir ab. Alle sind gerührt, weil so viele Menschen da sind.

Sie haben momentan zwei Projekte, die Ihnen am Herzen liegen. Sprechen wir zuerst über die Multikultidemos.
Diese Demos sind mir sehr wichtig. Erstens, weil ich selbst einen Migrationshintergrund habe. Zweitens gehören Migranten zu Deutschland, und es wäre natürlich schön, wenn sich viele von ihnen unserer Bewegung anschließen würden. Und drittens kann man mit einer Multikultidemo dem massiven *Framing* der Medien, die immer wieder versuchen, die Demokratiebewegung in die rechte Ecke zu rücken, sehr gut entgegentreten. Diese Art der Diffamierung läuft bei unseren Demos natürlich komplett ins Leere.

Kommen wir zum zweiten Projekt. Sie haben vor kurzem einen Videoaufruf an Menschen mit Missbrauchserfahrung gerichtet, die sich durch das Aufsetzen der Maske täglich neu traumatisiert fühlen. Darin bieten Sie an, dass sich Betroffene bei Ihnen melden können, um dann gemeinsam gegen diese Maßnahmen der Bundesregierung zu klagen. Wie kam es zu dieser Idee?
Es ist leider so, dass die Maßnahmen sehr viele Menschen psychisch sehr belasten. Das gilt natürlich vor allem für Kinder, Behinderte und alte Menschen. Aber eben auch für jene, die Traumata erlitten haben. Ich weiß genau wovon ich rede, ich war selbst Opfer von Missbrauch und Gewalt in der Kindheit. Und ich hatte mein Trauma bearbeitet und le über mein Leben und natürlich das der massiven Einschränkung meiner Freiheit. Mir wurde klar, dass es auch anderen Menschen so gehen musste. Und so habe ich diese Aktion ins Leben gerufen, um den Menschen eine Stimme zu geben.



Friedensaktivistin Eva Rosen bei der Großdemo in Kassel. *Foto: Hannes Henkelmann*

bewältigt. Es hatte in meinem Leben keine Rolle mehr gespielt. Bis im Frühjahr 2020 die Maskenpflicht eingeführt wurde. Umgehend kamen die Erlebnisse wieder hoch und konkretisierten sich auch in Bildern, was davor nie der Fall war. Zum Glück stellte mir mein Arzt ein Attest zur Maskenbefreiung aus. Diagnose: Kindheitstrauma. Doch dann kamen die ständigen Fragen nach meinem Attest beziehungsweise die Zweifel an seiner Rechtmäßigkeit. Zudem empfinde ich, wenn ich Menschen mit Masken sehe und deren soziale Ausgrenzung miterlebe, vor allem das Gefühl der Fremdbestimmung und Fremdkontrol-

Respekt vor Ihrem Schritt, sich auch als Opfer zu *outen*. Wie ist die Resonanz auf Ihre Initiative?
Es ist unglaublich, wie viele Menschen sich bei mir melden. Mir wird dadurch wieder mal schmerzlich bewusst, was für ein großes Problem Missbrauch in unserer Gesellschaft ist. Und am Rande sei daran erinnert, dass die geringen Strafen für die Täter und die Möglichkeit einer Verjährung eines Missbrauchstatbestandes, ein fatales Signal an alle Opfer und eine Schande für unseren Rechtsstaat sind – falls es diesen noch gibt. Und jetzt quält die Regierung alle Opfer mit der Maske. Ich hoffe, dass es meiner Initiative gelingt, dieses Unrecht zu ändern und die Verantwortlichen anzuklagen. Am besten vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag.

Kommen wir auf den Übergriff vom letzten Wochenende in Dresden zu sprechen. Was ist passiert?
Leider ist wohl auch die Polizei auf meine Initiative aufmerksam geworden, denn anders kann ich es mir nicht erklären, dass mir gerade jetzt folgendes, und ich muss es so formulieren, angetan wurde. Ich bin auf dem Weg zur Landtagsdemonstration von einem sechsköpfigen Polizeitrupp festgehalten worden. Diese wollten mein Attest sehen, aber sich selbst nicht ausweisen. Alle Versuche meinerseits, es einvernehmlich über meinen Anwalt zu regeln, scheiterten. Die polizeiliche Maßnahme endete für mich später halb nackt auf einer Wiese. Es war den Polizisten augenscheinlich ein besonderes Anliegen, mich zu schikanieren, zu demütigen und mich gegen meinen ausdrücklichen Willen anzufassen. Es war ein Martyrium. Die Polizei benutzte anscheinend mein Missbrauchsouting dazu, mich durch solche Übergriffe mundtot zu machen. Das wird aber niemals passieren. Man kann mich nicht brechen. Natürlich habe ich inzwischen juristische Schritte eingeleitet.

Unglaublich. Haben Sie noch ein Schlusswort? Nutzen Sie doch gerne die Reichweite unserer Zeitung, um noch Unterstützer zu gewinnen.
Zunächst an alle Aktivisten. Bleibt friedlich. Lasst Euch nicht provozieren. Und bezüglich meiner Initiative wäre ich sehr dankbar, wenn sich noch mehr Anwälte melden würden, die sich auf Opferschutz spezialisiert haben. Und natürlich können sich Betroffene bei unserer Anwältin melden.

Emailadresse: Postfach@wörmer.de

Briefe an die Redaktion

NOCH MEHR NACHDRUCK

Ich habe Ihre Zeitung mit Freude und Erstaunen gelesen und möchte Sie ermutigen, den Widerstand weiter zu intensivieren. Wo bleibt der Mittelstand, wo die Arbeiterschaft, wo die Intellektuellen? Es scheint überall eine große Bereitschaft zu geben, sich der Bevormundung zu beugen. Eleano Bodd aus Aachen

ZUGLEKTÜRE

Vielen Dank für Ihre Zeitung, die ich in einem Zug gelesen habe. So bin ich über die aktuelle Entwicklung informiert, als auch über das Geschehen im Hintergrund, das einmal mehr Hermann Ploppa faktenreich erhellt. Im Jahr 2021 werden wir einen langen Atem nötig haben, überhaupt Widerstandskraft und Durchhaltevermögen. Danke und liebe Grüße von Claus aus Ravensburg

TOD NACH IMPFUNG

Ich habe meine Mutter nach Impfung in Hamburg-Poppenbüttel verloren. Viele Mediziner rieten uns von Astrazeneca ab, andere von allen Impfungen. Aber meine Mutter glaubte der Regierung und was im *Hamburger Abendblatt* stand. Es ist unfassbar, was abläuft. Meine Mutter ist nur 62 Jahre alt geworden. Ich werde den Mördern nicht vergeben. Johanna aus Hamburg

DIE ZEITUNG WÄCHST

Seit Oktober habe ich ein Verteiler-Abo und trage die immer besser werdende Zeitung aus. Immer in der Hoffnung jede Woche ein oder zwei Menschen aufzuwecken. Mit besonderer Freude erfüllt mich, dass Ihr Markus Fiedler für das Wissenschaftsressort gewinnen konntet. Ich sehe mir schon lange die »Beiträge aus Wikihausen« an. Voller Zuversicht, Constanze aus Leipzig

MIT HERZ FÜR DAS MENSCHENRECHT

In Ihrer Ausgabe vom Sonnabend, den 13.3.21 lese ich Ihren Artikel: »Die Kunst der Verarbeitung« von Hannes Henkelmann. Meine Kollegin Maike spricht mir aus dem Herzen. Sie malt die helfende Hand unseres Freundes Jesus von Nazareth. Sie geben der Liebe Raum. Wir werben für Ihre Zeitung. Marianne Mai aus Bielefeld

Kampf um den Corona-Impfstoff

Wer gewinnt: mRNA- oder Vektor-Impfstoff? | Von Hermann Ploppa

Es gibt zwei verschiedene »Betriebssysteme« bei den Corona-Impfungen. Zu den konventionellen Impfstoffen drängen nun gentechnische Impfstoffe in den Markt.

Letzere werden voreilig vor ihrer gründlichen Austestung in Labors und Feldversuchen bereits auf wehrlose Menschen, vornehmlich Alte, Heiminsassen und Demente, ja sogar im Sterben dämmernde Palliativpatienten losgelassen. Das stellt einen flagranten Verstoß gegen geltendes Recht dar. Denn eine Testperson muss dem Versuch zustimmen, nachdem sie ausführlich über Risiken und Nebenwirkungen aufgeklärt wurde. Das nennt man informierte Zustimmung (informed consent). Die Person muss die Möglichkeit haben, das Experiment abzulehnen. Nach nunmehr 80 Jahren seit den perversen Menschenversuchen mit tödlichem Ausgang in deutschen Konzentrationslagern und Heimen für Schwerbehinderte wie zum Beispiel Hadamar, tobt sich die »Medizin ohne Menschlichkeit«, wie es Alexander Mitscherlich in seinem Report über die Nazi-Ärzte formulierte, erneut vollkommen losgelassen aus.

In der Bundesrepublik Deutschland und in den USA wird fieberhaft an der Entwicklung und Vermarktung der mRNA-Technologie gearbeitet. Biontech und Pfizer sind am Start. Aber auch Moderna. Hinter diesen Konzernen steht eine starke Gemeinschaft, finanziell und konzeptionell dominiert von der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung. Da ist das Netzwerk der Vereinten Nationen mit den Unterabteilungen Unicef und WHO. Dann gehört dazu die Impfallianz Gavi und die weit weniger bekannte und deswegen vielleicht auch gefährlichere Covax-Initiative. Covax steht für Covid-19 Vaccines Global Access, etwa globaler Impfzugang. Covax ist wiederum eine Ausgründung aus der Cepi (Coalition for Epidemic Preparedness), die Koalition für die Vorbereitung auf Epidemien.

Diese Initiative wurde auf dem Weltwirtschaftsgipfel 2017 in Davos gegründet und soll die Entwicklung innovativer Impfstoffe massiv beschleunigen. Covax wiederum soll den ärmeren Ländern die Segnungen der mRNA-Impfungen nahebringen. Aufkommen müssen dafür letztendlich die Steuerzahler in den wohlhabenderen. Und wenn man sich nun anschaut, welche Steuerzahler am meisten bluten müssen, dann sieht man schnell, dass China hier nur eine ganz kleine Nebenrolle spielt. Denn China hat zwischen 2016 bis 2020 gerade mal fünf Millionen Dollar in den Gates-Topf geworfen. Deutschlands Steuerzahler entrichten den zweitgrößten Beitrag mit 1,5 Milliarden Euro. US-Präsident Biden hat vier Milliarden Dollar zugesagt. Die EU ist mit einer Milliarde Dollar dabei. Die Steuerzahler in den genannten Ländern sponsern unfreiwillig die Vorhaben privater profitorientierter Pharmakonzerne, die laut Verträgen mit der EU nicht einmal für die Impfschäden haftbar gemacht werden können.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.



Demokraten in Kassel am 28. März 2021, die sich für Wissenschaftlichkeit einsetzen. Foto: Steve Schramm

IMPFSTOFFE AUS RUSSLAND UND CHINA SIND SOZIAL VERTRÄGLICH

Anders schaut es im Lager der Impfstoffhersteller aus, die außerhalb der »westlichen Wertegemeinschaft« stehen. Die Hersteller der russischen und chinesischen Covid-Vakzine befinden sich in staatlicher oder halbprivater Hand. Der Impfstoff Sputnik V wurde vom staatlichen russischen Gamaleya-Institut entwickelt und vom staatlich kontrollierten Investmentunternehmen RDIF vermarktet. Auch die chinesischen Hersteller befinden sich ganz oder teilweise unter staatlicher Kontrolle. Die Produktion erfolgt in Russland und in China nicht mit dem Ziel maximaler Profite und Renditen. Sondern hier wird ein staatlicher Versorgungsauftrag ausgeführt. Ganz so wie es in Deutschland seit den Tagen von Robert Koch bis zur marktradikalen Umkrempelung immer der Fall gewesen ist. Entsprechend liegen die Preise für die chinesischen und russischen Impfstoffe weit unterhalb der Preise amerikanisch-deutscher Vakzine. Für eine Impfung von Sputnik V müssen nach etlichen Preissenkungen noch gerade einmal 9,60 Euro entrichtet werden. Und eine weitere Anpassung an die real existierenden Bedürfnisse der ärmeren Klientel: Der Impfstoff kann in einem gewöhnlichen Kühlschrank gelagert werden, und muss nicht wie das Biontech-Vakzin auf 80 Grad Celsius heruntergefroren werden.

Chinesen und Russen haben auch keine Probleme damit, ihre Impfstoffe als preiswerte Generika auf Lizenzbasis nachbauen zu lassen. So beherrschen Sinovac oder Sputnik V die Szene in der sogenannten Dritten Welt. Auf diese Weise wird auch ohne großes Bill Gates-Brimborium den ärmeren Ländern schnell und ohne Knebelverträge geholfen. Es geht China und Russland schon aus Gründen der Selbsterhaltung um maximale Schadensbegrenzung. Es geht ihnen auch nicht darum, in der DNA der Menschen herumzuklempnern und den neuen Hybrid-Homunculus zu züchten.

CHINA IMPFT SELBST NUR WENIGE

Brasilien zum Beispiel wird regiert vom faschistoiden Ex-Militär Jair Bolsonaro. Der ist von den USA als neuer Diktator eingesetzt, um das lateinamerikanische Land auf Linie zu bringen. Doch nun kauft auch Bolsonaro exklusiv chinesische Impfstoffe in hunderten von Millionen Dosen ein. Aus Dankbarkeit für die kulanten Bedingungen der Chinesen lässt Bolsonaro jetzt das brasilianische Telekommunikationssystem von Huawei ausrüsten.

Auch im eigenen Land ist China eher zurückhaltend mit den Corona-Impfstoffen. An die annähernd 1,4 Milliarden Chinesen sind bis jetzt gerade einmal 64,98 Millionen Impfdosen verabreicht worden. Alte und sehr kranke Menschen dürfen nicht geimpft werden. Es dürfen überhaupt nur Personen im Alter zwischen 18 und 59 Jahren geimpft werden. Von der in Großbritannien oder in Israel verübten Impfwut ist weder in Russland noch in China etwas zu spüren. Impfungen sind hier kein Kult, sondern ein punktuell einzusetzendes scheinbar notwendiges Übel. Die Sinnhaftigkeit des Impfens muss natürlich nach wie vor in Frage gestellt werden.

ABER DEUTSCHLAND WILL DIE DURCHIMPFUNG

Und in Deutschland? Da wird erst eine komplette »Durchimpfung« der Bevölkerung angedroht. Dann scheitert die Logistik der Impfstoffe an allen Ecken und Enden. Und dann zeigt sich, dass die vollkommen unausgereiften mRNA-Impfstoffe die Seniorenszene hinwegmetzeln. Dass ganze Belegschaften von Gesundheitsarbeitern sich nach Impfungen krankmelden. Und wie reagieren unsere Eliten auf das totale Desaster? Um von der eigenen Unfähigkeit abzulenken, verhöhnen sie den russischen Impfstoff Sputnik V. Da schwallert der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel (haben Sie den Namen schon mal gehört?): »Europa (!) wird keine Impfstoffe kaufen, die Propagandazwecken dienen.« Während die Eurokraten sich derart auf den eigenen Brustkorb trommeln, sind sie hinter den Kulissen längst in Verhandlungen mit dem Gamaleya-Institut und RDIF, um größere Mengen Sputnik V einzukaufen. Ungarn, die Slowakei und auch Tschechien scheren sich schon lange nicht mehr um das dumme Geplapper aus Brüssel und kaufen Sputnik V. Auch die Italiener zeigen klare Kante. »Wenn ein Impfstoff funktioniert und er wird von der Kontrollbehörde genehmigt, ist mir die Nationalität ganz egal. Italien ist bereit für die Zusammenarbeit mit der russischen Regierung.« So der italienische Gesundheitsminister Roberto Speranza. Im Gespräch ist sogar eine Lizenzproduktion von Sputnik V in Italien. Serbien und andere Balkanstaaten kaufen derweil in China ein. Es zeichnet sich immer deutlicher eine Niederlage des mRNA-Kartells unter Leitung von Bill Gates ab.

Deutschlands Politiker haben ihr gesamtes Prestige in genau diese mRNA-Sackgassentechnologie gesteckt. Und sie haben auch Unmengen von Steuermitteln in diesen gemeingefährlichen Unfug versenkt. Mit jenen Milliardenbeträgen hätte man unser Gesundheitssystem nachhaltig sanieren können. Stattdessen wird weitergeimpft bis kein Arzt mehr kommt. In den völlig ausgeglittenen USA will die Firma Moderna jetzt sogar Menschenversuche an Kleinkindern verüben. 6.750 Babies und Kleinstkinder ab sechs Monaten sollen mit dem hochriskanten mRNA-Impfstoff traktiert werden.



DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Liebe Kinder,

DIE MASKEN SIND QUATSCH. DIE REGIERUNG HAT ALLE ANGELOGEN.

»WIR HABEN ABGEMELDET!«

NICHTOHNEUNS.DE

ZEITUNGSWUNDER 20/21: Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 560.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 11 Millionen in 36 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N°11 vom 11. Juli 2020.

Bilanzbetrug: Die Prüfer prüfen sich selbst

Wirecard, Greensill und kein Ende: Die Finanzaufsicht ist eine Fata Morgana. | KOMMENTAR von Herrmann Ploppa

Es sind im Moment vornehmlich Finanzskandale, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für einige Sekunden vom Dauerkopfschmerzthema Corona, dicht gefolgt von Corona und noch mal Corona, ablenken können.

Da hat der digitale Bezahlservice Wirecard im Laufe der Jahre phänomenale Luftbuchungen in Höhe von 1,9 Milliarden Euro im virtuellen Dschungel Südostasiens vorführen können. Und die Bremer Greensill Bank hat mal eben ein Loch von 3,3 Milliarden geschossen. Und wieder hat's keiner gemerkt. Wir leben ja in einer außerordentlich gut strukturierten Gesellschaftsordnung in Deutschland. Kein Staubkorn, das nicht registriert wird. Aber bei solchen gigantischen Geldsummen hat die gesetzlich vorgeschriebene Banken- und Finanzaufsicht tief geschlafen.

Zwar nicht siebenhundert Jahre wie dereinst Kaiser Rotbart Lobesam, aber immerhin musste die zuständige Aufsichtsbehörde Bafin mit unsanfter Gewalt und der Drohung strafrechtlicher Konsequenzen aus ihrem Tiefschlaf gerissen werden. Denn ein *Whistleblower* hatte die Bafin bereits im Februar 2019 über das Nichtvorhandensein der sagenhaften 1,9 Milliarden Euro Einlagen bei Wirecard aufmerksam gemacht. Als ein Redakteur der Zeitung *Financial Times* den Fall zum Thema machte, wollte der Bafin-Vorstand den guten Mann sogar vor den Kadi zerren. Jetzt stellen logischerweise einige Untersuchungsausschüsse die unbehagliche Frage, warum die Bafin auf der ganzen Linie versagt hat. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – so der bürgerliche Name der Bafin – wurde im Jahre 2002 gegründet. Sie ist keine staatliche Behörde, sondern eine Anstalt des Öffentlichen Rechts, geradeso wie *ARD* und *ZDF*. Die zu beaufsichtigenden Finanzinstitute bezahlen durch Abgaben die Bafin. Das soll sie von Regierungen jeglicher politischen Färbung unabhängig machen. Gute Idee. Von ihrer personellen Ausstattung her kann die Bafin unmöglich überfordert sein. Denn bei der Bafin arbeiten immerhin 2.722 Angestellte, und 158 zusätzliche Ärmelschonerträger sind gerade beantragt. Es ist wohl eher das Weltbild der Bafin-Mitarbeiter, das der Gemeinschaft Probleme bereitet. Die Herr- und Damschaften sind dem Korpsgeist der Finanzwirtschaft zutiefst verbunden. Das zeigte sich, als 85 Bafin-Mitarbeiter Anfang 2020 ihre Informationsvorteile für Insidergeschäfte auszunutzen wussten. Und der gerade frisch geschasste Bafin-Chef Felix Hufeld arbeitete früher bei Boston Consulting, Dresdner Bank, Marsh & McLennan Companies, Agora, Westlake Partners oder Inex 24 AG – alles Unternehmen, die für die Reichen und Schönen dieser Welt Geld anlegen, das sich dann ganz schnell vermehrt. Hufelds mutmaßlicher Nachfolger Mark Branson hat vorher bei UBS und Credit Suisse gearbeitet.

Es liegt auf der Hand, dass den genannten Personen ein Rollenwechsel schwer fällt. »Fehlleistungen« der Bafin haben über die Jahre systemischen Charakter angenommen. Erinnert sei an die längst vergessenen Skandale: Infinus im Jahre 2004. 22.000 Anleger verloren damals drei Milliarden Einlagen; Prokon: 75.000 Sparer verloren mit einem Schlag 1,4 Milliarden Euro; PIM-Gold verkaufte Gold, das nie da war. Kleinanleger verloren 155 Millionen Euro. Der Schiffscontainermakler P&R fuhr eine Einlagesumme von 3,5 Milliarden Euro von 54.000 Sparern aufs Riff.

GELD DER SPARER VERZOCKT

Das Elend wird sich auch nicht durch inhaltslose Worthülsen von Bundesfinanzminister Olaf Scholz wegpusten lassen wie ein Wehweh bei kleinen Kindern. Die Bafin solle »den Anspruch haben, sich mit den besten Aufsichtsbehörden der Welt zu messen – oder gleich der Beste sein zu wollen«. Tut mir leid, aber es geht immer wieder um das Geld der sogenannten kleinen Leute, das hier verzockt wird. Im Falle von Greensill sind insgesamt über 50 Kommunen in Deutschland über Nacht viel Geld losgeworden. Die Stadt Monheim hatte 38 Millionen Euro bei Greensill angelegt. Der Zinsertrag sei bei Greensill etwas höher gewesen als handelsüblich, so die Argumentation. Aus demselben Grund hatte die Stadt Osnabrück 14 Millionen Euro bei Greensill angelegt. Doch das Geld ist unwiderruflich verloren. Denn die im Prinzip sehr sinnvolle Einlagensicherung, mit der alle deutschen Banken für Zahlungsausfälle ihrer Mitglieder geradestehen, deckt nur potentielle Verluste von Privatkunden sowie Verluste an Einlagen sogenannter rechtsfähiger Stiftungen ab. Das haben die Stadtväter und -mütter aber doch wohl gewusst, nehme ich an. Das öffentliche Vermögen darf definitiv nicht auf dem Roulettetisch international gewiefter Zocker aufs Spiel gesetzt werden. *Rien ne va plus! Tout de Suite!*

Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Öffentliches Vermögen muss im öffentlichen Geldkreislauf verbleiben. So war es vor der marktradikalen Verwahrlosung unserer einstmals gut aufgestellten Finanzarchitektur. Die Kommunen sind nicht ohne Grund Mehrheitseigner ihrer örtlichen Sparkassen. Diese Sparkassen müssen das in der Region generierte Kapital auch im Sinne des Gemeinwohls in der Region reinvestieren. Das tun sie schon lange nicht mehr. Fast jeder Sparkassendirektor träumt davon, Chef einer kleinen Universalbank zu sein. So endete die ruhmreiche Geschichte von 189 Jahren der Flensburger Sparkasse abrupt, als das Geld spekulativ verzockt wurde.

Der Schutz der Kleinanleger und des öffentlichen Vermögens muss von einer basisdemokratischen Post-Corona-Regierung energisch und sofort angepackt werden. Sollen die Reichen und die Schönen dieser Welt ihr Geld doch ruhig bei privaten Risiko-Instituten versenken. Da kann dann von mir aus auch eine Bafin noch siebenhundert Jahre weiterschlafen. Das geht uns dann nichts mehr an.

MELDUNG

NULLRUNDE FÜR RENTNER »DANK« CORONA

Berlin/DW. Die Renten sollen im laufenden Jahr in Westdeutschland nicht erhöht werden, und im Osten auch nur um 0,72 Prozent ansteigen. 2020 hatte es noch Rentenerhöhungen von 3,45 Prozent im Westen und 4,2 Prozent im Osten gegeben. Die Renten werden seit 1957 dynamisch an die Lohnerhöhungen gekoppelt. Allerdings sind die Löhne 2020 im Westen um 2,34 Prozent und im Osten sogar um 3,25 Prozent gesunken. Seit 2009 werden Lohnsenkungen nicht mehr an die Renten weitergereicht. Die Renten erfahren dann eine sogenannte Nullrunde. Es mehren sich bereits die Stimmen, die Corona-bedingt eine Rentenkürzung fordern – zum Beispiel der marktradikale Volkswirt Bernd Raffelhüschen. (hp)

LINK ZU BMI-PANIKPAPIEREN (VOM TITEL)

https://de.scribd.com/document/498638863/BMI-Bund-Panikpapiers-Emails-Deutsch

SIPRI-Report: Gewinner und Verlierer beim Waffenhandel

Deutschland weiterhin Global Player beim Geschäft mit dem Tod

Corona, Corona und kein Ende. Während die Medien bei Tag und bei Nacht alle Aufmerksamkeit auf ein vermeintliches Killervirus lenken, gehen die Kriegsvorbereitungen munter weiter.

Während »Links«-Partei-Ministerpräsident Bodo Ramelow jetzt auch Ostermärsche für den Frieden verbietet, geht der NATO-Aufmarsch im Donbas und am Schwarzen Meer in eine neue Runde. Die Welt wird mit Waffen überschwemmt. In dieser Situation hat das Stockholm International Peace Research Institute (kurz: SIPRI) wieder einmal Statistiken zum internationalen Waffenhandel vorgelegt. Es werden immer Zahlen von fünf Jahren zusammengefasst. Die Jahrfünfte werden dann miteinander verglichen. Doch diesmal gibt es mit dem Corona-Jahr 2020 eine Anomalie: der Waffenhandel brach weltweit in jenem Jahr um 16 Prozent gegenüber 2019 ein.

Auch sonst ergeben sich bemerkenswerte Akzentverschiebungen. Die USA konnte ihren Anteil am Waffenexport weltweit in den Jahren 2016 bis 2020 auf 37 Prozent ausbauen. Dagegen hat Russland gegenüber dem vorherigen Jahrfünft 2011 bis 2015 tatsächlich 22 Prozent verloren und liegt auf Platz zwei mit 20 Prozent. Auch die Volksrepublik China hat 7,8 Prozent Anteile verloren und nimmt mit 5,2 Prozent nur den fünften Platz ein. Vor China liegt Deutschland mit einem Waffenexportanteil von 5,5 Prozent. Wobei Deutschland sich von seinen Konkurrenten durch den Verkauf ganzer Waffensysteme, vornehmlich Kriegsschiffe und U-Boote, unterscheidet. Vor Deutschland liegt Frankreich mit 8,2 Prozent Marktanteil. Wer kauft nun die Todesware? Afrika, die beiden Amerikas und Indien haben im letzten Jahrfünft deutlich weniger Waffen importiert. Diese Verluste macht der Nahe Osten wett mit einem satten Plus von 25 Prozent. Und hier wiederum steigerte Saudi-Arabien seine Importe um 61 Prozent. Ägypten legte um 136 Prozent zu. Doch Tabellenführer ist Katar mit sage und schreibe einem Plus von 361 Prozent! Diese Waffen werden über dem Jemen und über Syrien abgeladen. Mächtig zugelegt haben auch die kleinen Kaukasus-Republiken Armenien und Aserbeidschan. Wobei Armenien seine Waffen zu 94 Prozent aus Russland bezieht, und Aserbeidschan zu 69 Prozent aus Israel. Beide Länder haben jüngst im Konflikt um Berg-Karabach ihre Klingen gekreuzt. Das sind gute Nachrichten für die Waffenproduzenten. Denn sie können bei den nächsten Rüstungsmessen ihren Produkten das Etikett »Combat Proven«, also: »kampferprobt« aufkleben. Das als Verkaufsargument immer wieder überzeugt.

Während die Menschheit wie das Kaninchen auf die Schlange schaut angesichts der Corona-Hysterie, können die Händler des Todes ihr schmutziges Geschäft unbehelligt weiterführen.

»Viele Polizisten merken, wie sie von der Politik missbraucht werden«

DW-Interview mit dem Gründer des Verbandes Polizisten für Aufklärung, Karl Hilz, der allen Bürgern in Uniform offensteht. | Von Alexandra Motschmann

DW: Sie sind erster Polizeihauptkommissar, wieso haben Sie der Demokratiebewegung in München geschlossen?

Karl Hilz: Ich habe gleich beim ersten *Lockdown* (Niederschluss, Anm. Red.) festgestellt, dass es sich hierbei um Grundgesetzverletzungen handelt. Selbst während der Pest oder im Krieg wurde noch nie ein Kontaktverbot für Familienmitglieder über die Bürger verhängt. Hier ist der Artikel 1 Absatz 1. die Würde des Menschen ist unantastbar, eingeschränkt worden. Wie kann es sein, dass man seine Kranken nicht mehr selber pflegen darf, wie kann es sein, dass man seine Enkel nicht mehr sehen darf, wie kann es sein, dass Kinder nicht mehr mit ihren Freunden spielen können? Wie kann es sein, dass wichtige Operationen verschoben wurden bis diese Kranken verstarben, beispielsweise an Krebs? Am Anfang war ich auf den ersten Demos nur als Zuhörer und Teilnehmer, habe dann aber einige der Initiatoren kennengelernt und festgestellt, dass sie kaum etwas über das Versammlungsrecht wussten und habe mein Wissen angeboten.

Sie stehen jetzt schon seit fast einem Jahr für die Rückgabe der Grundrechte ein. Was ist Ihre Einschätzung zu den Demonstranten, diese sind doch Querdenker?

Nein, Michael Ballweg hat die Gruppe mit dem Namen Querdenken gegründet und somit viele Menschen der bürgerlichen Mitte miteinander zu der Demokratiebewegung vereint. Selbstbestimmung, Frieden und Freiheit sind die wesentlichen Themen. Alle Bürgerinnen und Bürger, die ich bis dato auf den Demos kennenlernen durfte, sind normale Menschen wie du und ich, die um ihre Freiheit fürchten. Dieses *Framing*, das die Presse momentan versucht, ist hanebüchen. Gleich zu Anfang, also im März 2020, konnte ich feststellen, dass die deutsche Regierung und deren Propagandamedien, keine anderen Meinungen mehr zugelassen haben. Man siehe nur Dr. Wodarg, der viele Jahre als Mitglied des Deutschen Bundestages und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates für Fragen der Sicherheit, Medizin und Gesundheit zuständig war. Er wurde in keinem der Medien gehört! Das sagt für mich schon alles aus. Diese Regierung ist bereits ein totalitäres Regime.

Wie kommt es dazu, dass die Medien so viel fälschen – Journalismus sollte doch nach der Wahrheit streben?

Ja es ist traurig, dass unsere Journaille sich nicht mehr nach draußen begibt, um nach der Wahrhaftigkeit zu forschen. Es scheint mir, dass sich die Pressevertreter von den zentralen Presseorganen wie der DPA und der Regierung Informationen holen und die praktisch wie *copy and paste* in ihre Produkte aufnehmen.

Nun, Udo Ulfkotte hat 2014 ein Buch geschrieben, »Die gekauften Journalisten«. Meinen Sie, dass dies der Realität entspricht?

Ulfkotte war ja selbst ein Journalist bei der *Frankfurter Allgemeinen* und kannte den Laden sicherlich sehr gut. Besonders auffällig konnte man die Falschinformationen der Medien am 1. August 2020 erkennen, wo in Berlin die Straßen mit Bürgern gefüllt waren, die für ihre Grundrechte einstanden. Ein ähnliches Bild, wie bei dem Christopher Street Day 2019. Es waren eine Millionen Bürger aus ganz Europa beim Demonstrieren in Berlin! Und die Medien berichteten von lediglich 20.000. Sicherlich spielt hier auch Geld eine Rolle. Die Medien sind schlicht gekauft.

Zurück zu Ihrem Beruf, den Sie ja über einige Jahrzehnte mit viel Gewissenhaftigkeit ausgeführt haben. Wie empfinden Sie momentan die Polizeipräsenz und was würden Sie den jungen PolizistInnen raten?

Der Polizeiberuf ist nicht nur ein Erfahrungsberuf, sondern auch ein Beruf der viel mit dem Bauchgefühl zu tun hat. Der Polizist muss oft aus dem Stegreif Entscheidungen treffen. Den jungen Kollegen wurde jetzt die ganze Zeit gesagt: »Wer keine Maske trägt, bringt andere Menschen um.« Das erzeugte bei den Polizisten das Gefühl, dass es hier nicht nur um relativ unbedeutende Ordnungswidrigkeiten geht, sondern sie meinen, gegen mögliche Totschläger einschreiten zu müssen. Die Polizisten sind ja genau deshalb auf der Straße, weil sie das Leben und Gesundheit ihrer Mitmenschen schützen wollen. Ich kann den jungen Polizisten nur empfehlen, sich ein eigenes Bild von der Situation zu machen. Man nennt das eigene Lagebeurteilung. Die Anweisungen ihrer Vorgesetzten sind insofern Frage zu stellen. Denn wer Ordnungswidrigkeiten wie Verbrechen verfolgt, kann nicht verhältnismäßig im richtigen Maß einschreiten.

Sie sind ja auch erster Vorstand des Verbandes Polizisten für Aufklärung (PfA), Warum haben Sie ihn mitgegründet?

Wir wissen, dass die Polizeibeamten von der Politik und letztlich von ihren Vorgesetzten falsch informiert werden. Unser Verein ist eine Vereinigung von aktiven, inaktiven oder ehemaligen Bürgern in Uniform: Polizisten, Soldaten, Sanitäter und alle die für die Sicherheit unserer Bevölkerung arbeiten. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, alle für die Sicherheit der Bevölkerung die Verantwortung übernommen haben, in die Lage zu versetzen, das aktuelle Geschehen richtig zu beurteilen, um dann auch ihre Arbeit richtig machen zu können. Nur wenn die Lage richtig beurteilt wurde, kann das Einschreiten verhältnismäßig sein, wie es als verbrieftes Verfassungsrecht vorgesehen ist. Wir arbeiten eng mit den Vereinen Anwälte für Aufklärung, Klagepaten, Studenten stehen auf, Eltern stehen auf, Mediziner für Aufklärung und dem Mutigmacher e. V. zusammen. Insgesamt haben wir ein recht großes Netzwerk an Experten aus vielen Bereichen, welche den Mitgliedern und interessierten Bürgern in Uniform und deren Familien zur Seite stehen können.

Haben Sie denn schon viel Zulauf bei den Polizisten für Aufklärung?

Ja, es melden sich immer mehr Menschen in Uniform bei uns, die sich unwohl mit der aktuellen Situation fühlen und wahrnehmen, nicht so eingesetzt werden, wie es richtig wäre. Viele Polizisten haben den Glauben nicht mehr, ihren Beruf als Freund und Helfer wirklich ausüben zu können. Sie können es nicht aushalten, wie sie aktuell von der Politik missbraucht werden, mussten sich krankschreiben lassen. Sie fragen sich, ob sie ihren Beruf aufgeben müssen. Wir meinen gerade: Genau diese selbstdenkenden und verantwortungsbewusstenPolizisten brauchen wir jetzt und für die Zukunft!

Sie machen da sicherlich eine ganz wichtige Auffangaktion. Wie sehen Sie die neuen Parteien, die gerade aus dem Boden sprießen?

Ja, ich denke, dass Partei Die Basis eine gute Chance haben wird. Aber dazu muss sie sich unbedingt mit möglichst vielen anderen kleineren Parteien vereinen, um dann gemeinsam mit vielen anständigen Menschen neu bei der Bundestagswahl anzutreten.

Ich habe gehört, dass Sie zuletzt von der Polizei unschön angegangen wurden. Wie können Sie sich das als Polizist erklären?

Ja es ist schon interessant, dass ich bei den Demos fast immer angegangen werde, ohne dass eine Provokation meinerseits stattgefunden hätte, schon im Vorhinein, bevor ich eine Rede halten konnte. Es ist jedes Mal ein ähnliches Vorgehen. Ich werde regelmäßig meiner Grundrechte auf Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit beraubt – und meiner Würde! –, während meine Gesundheit beeinträchtigt wird. Ganz eindeutig gibt es zumindest bayernweit die politische Vorgabe, mich möglichst an öffentlichen Reden zu hindern und auf meine Gesundheit keinerlei Rücksicht zu nehmen. Das ist typisch für jedes totalitäre System!

Ich habe vernommen, dass Sie in Amberg sogar verhaftet wurden und Ihnen ein PCR-Test aufgezwungen wurde?

Nun, ich wurde, wie schon so oft, vor meiner Rede in Gewahrsam genommen und zur Amberger Polizeistation chauffiert. Dort wurde ich in einer Arrestzelle untergebracht. In dieser Zelle wurde mir von einer Ärztin Fieber gemessen, wobei die behauptete, ich hätte 39,5 Grad Celsius Fieber. Ich erwiderte ihr, dass müsste ich spüren, doch das verweigerte sie und meinte, ich solle Wasser trinken. Das tat ich. Eine halbe Stunde später behauptete sie, jetzt 38,5 Grad gemessen zu haben, und zeigte mir trotz meines entsprechenden Begehrens, das Display, also das Anzeigefeld des Fieberthermometers, wieder nicht.

Aha!

Sie wollte aber einen Soforttest auf Covid-19 machen, was ich verweigerte, worauf sie bei der anwesenden Richterin, ebenso vor der Zelle wartend, diese Anordnung erbat und auch sofort bekam. Die Richterin erklärte, dass wenn ich mich dagegen wehren würde, ich eine Straftat des Widerstandes begehen würde. Nachdem die Ärztin auf den Nasentest verzichtete, und lediglich eine Rachenabstrich machen wollte, erklärte ich dagegen keinen Widerstand zu leisten und es unter Protest geschehen zu lassen, aber gleichzeitig die Ärztin wegen des Vergehens der Körperverletzung und die Richterin wegen Rechtsbeugung anzuzeigen. Beide fanden dies offenbar lustig. Im Anschluss realisierte die Ärztin den Rachenabstrich, wobei vier bewaffnete Polizeibeamte sich so postierten, dass sie jeden von mir geleisteten Widerstand hätten sofort gewaltsam brechen können. Ich empfand das als extrem entwürdigend. Ich fühlte mich schlicht und ergreifend vergewaltigt und denke dadurch auch traumatisiert zu sein.

Kann man dieses Vorgehen als Willkür bezeichnen?

Absolut, eine Willkür gegen einen Ex-Polizisten und Bürger von Bayern und Deutschland. Ich mache weiter, bis unsere verbrieften Grundrechte wieder respektiert werden. Ich kämpfe, solange ich atmen und stehen kann.



Alexandra Motschmann ist Buchautorin, Rallye-Motorradfahrerin und DW-Redakteurin.

Beim Impfen gilt Kadavergehorsam

Müssen Soldaten Gesundheitsgefahren von Berufs wegen hinnehmen? | Von Vicky Richter



Menschen in Uniform wollen nicht als Versuchskaninchen dienen. Foto: Adobe Stock

Jüngst konnte man in den *Mainstream*-Medien über den Fall eines Hauptfeldwebels lesen, der wegen einer Grunderkrankung eine Basisimpfung der Bundeswehr verweigerte und deswegen unter Arrest gestellt und mit Disziplinarmaßnahmen »erzogen« wurde.

In der Tageszeitung *FAZ* hieß es am 18.1.2021: »Soldaten müssen Gesundheitsgefahren von Berufs wegen hinnehmen – Ein Hauptfeldwebel verweigert eine Basisimpfung und wird dafür mit Arrest bestraft. Bald könnte das auch für die neuen Corona-Impfstoffe gelten.« Die *Legal Tribune Online* veröffentlichte am selben Tag: »Verweigert ein Soldat den Befehl zur Teilnahme an einem Impftermin, liegt darin ein Dienstvergehen, das mit einer Disziplinarmaßnahme geahndet werden kann. Dies hat der 2. Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) mit einem kürzlich veröffentlichten Beschluss entschieden« (Beschl. v. 22.12.2020, Az. BVerwG 2 WNB 8.20).

Dieser Beschluss vom 22.12.2020 ist sehr interessant, besonders bei der aktuellen Corona-Impfthematik, denn er unterstreicht die Wichtigkeit der bei Soldaten bestehenden Duldungspflicht für Impfungen. Die »Duldungspflicht« für Impf- und Prophylaxemaßnahmen ist vor einigen Jahren bei der Bundeswehr eingeführt worden und hat ihre Grundlage in § 17a Absatz 2 des Soldatengesetzes. »Duldungspflicht« bedeutet, dass Soldatinnen und Soldaten verpflichtet sind, alle angewiesenen Impf- und Prophylaxemaßnahmen zu dulden.

CORONA-IMPFPFLICHT IST EINE REIN HYPOTHETISCHE ANNAHME

Natürlich ist die Corona-Impflicht bei Soldaten noch eine rein hypothetische Annahme, jedoch eine besorgniserregende. Denn durch den § 17a Abs. 2 SG gibt man dem Dienstherrn wohlmöglich einen Freifahrtschein, jede experimentelle Impfung an eine Vergleichsgruppe zu »verimpfen«, die aus gesunden und jungen Probanden besteht. Dies ist nämlich der Fall bei der Sars-Cov-2 Impfung. Dieser mRNA- Impfstoff ist rein experimentell und ist de facto immer noch in der Prüfphase, kein einziger Impfstoff kam so schnell auf dem Markt, ohne durch mehrere Langzeitstudien über Effektivität und möglichen Nebenwirkungen und daraus folgenden Schäden geprüft worden zu sein.

Muss ein Soldat, der einen Eid auf die Bundesrepublik Deutschland und das deutsche Volk geleistet hat, wirklich wegen seines Eides ein Versuchskaninchen sein und sich gegen seinen eigenen Willen impfen lassen? Wenn es nach der Führung des Zentralen Sanitätsdienstes geht, dann ja. Aber hat ein Dienstherr wirklich das Recht über die körperliche Unversehrtheit eines Soldaten zu bestimmen? Besonders da Corona nun doch nicht die todbringendste Seuche der letzten drei Jahrhunderte ist und die Wirksamkeit und die Schäden dieser Impfung in keinster Weise erforscht oder bekannt sind.

Das Verteidigungsministerium hat dazu eine klare Erklärung abgegeben:

Impfwesen in der Bundeswehr: *»Duldungspflicht« ist nicht gleich Impfpflicht. Bei der Bundeswehr gibt es aktuell keine Pflicht sich gegen COVID-19 impfen zu lassen. Allerdings überprüfen die medizinischen Fachleute der Streitkräfte ständig, ob Impfungen gegen neue Erkrankungen zur Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit notwendig sein könnten. Auch bei Covid-19 laufen derzeit Untersuchungen zu dieser Frage. Wesentliche Kriterien werden die dienstliche Notwendigkeit und die Einsatzbereitschaft sein – insbesondere mit Blick auf die Auslandseinsätze.*

Grundsätzliche Entscheidung zu Impfungen in der Bundeswehr: *Die jüngste Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Mit Beschluss (Az. 2 WNB 8.20) vom 22. Dezember 2020 wurde die sogenannte »Duldungspflicht« von Soldatinnen und Soldaten bei der grundlegenden Impfung gegen klassische Krankheiten bestätigt. Die »Duldungspflicht« für Impf- und Prophylaxemaßnahmen ist vor einigen Jahren bei der Bundeswehr eingeführt worden und hat ihre Grundlage in § 17a Abs. 2 SG.*

Persönliche Vorbehalte der Soldatinnen und Soldaten werden ernst genommen: *Der Dienstherr greift bei Impfungen in das Recht auf körperliche Unversehrtheit der Soldatin beziehungsweise des Soldaten ein. In § 17a Absatz 2 des Soldatengesetzes hat der Gesetzgeber ausdrücklich das Grundrecht auf körperliche Selbstbestimmung eingeschränkt. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist aber natürlich auch hier in jedem Fall zu beachten, insbesondere mit Blick auf mögliche Impfnebenwirkungen.*

DIENSTHERR HAT FÜRSORGEPFLICHT UND MUSS VOR IMPFUNG ABRATEN

Das Verteidigungsministerium argumentiert mit der Erhaltung der Einsatzfähigkeit und dem Schutz der Gemeinschaft, um etwaige nicht notwendige Impfungen bei den Soldaten unausweichlich zu machen – aber was ist mit der Pflicht zur Gesunderhaltung des Soldaten und die Fürsorgepflicht des Dienstherren gegenüber dem Soldaten? Natürlich ist es des Dienstherren oberste Pflicht, den Erhalt der Einsatzfähigkeit der Truppe zu fördern, zu erhalten und zu gewährleisten, jedoch sollte dann ein Dienstherr auch von einer Impfung Abstand nehmen, die gelinde gesagt nur eine experimentelle Immunisierung ist, und wo es im schlimmsten Fall sein kann, dass die Soldaten durch die Nebenwirkungen dienstuntauglich werden oder einfach wegsterben.

Auch die Regierung hat eine Verantwortung den Soldaten gegenüber und kann nicht, einfach nur weil es in der WHO-Agenda steht, über die Köpfe seiner Bürger in Uniform entscheiden, ob sie eine Impfung bekommen oder nicht.

Spätestens nach den Vorfällen in Italien, wo drei Staatsdiener kurz nach der Gabe des Astrazeneca-Impfstoffes an einer Hirnblutung verstorben sind, muss jeder Dienstherr seinen Untergegebenen von dieser Impfung abraten und nicht fadenscheinige Therapien für Hirnblutungen als Lösung anbieten.

Auch ein Soldat oder Polizist ist ein Mensch, der ein Recht hat, *nein* zu sagen, ohne Angst haben zu müssen, disziplinarisch belangt zu werden oder seine Arbeit zu verlieren. Menschen, die ihren Dienst für ihr Land tun, sind keine Versuchskaninchen und dürfen nicht für Studienzwecke missbraucht werden.

Zur Person: Vicky Richter ist ehemalige Zeitsoldatin der Bundeswehr (SAZ 8) und Zertifizierte Sozialtherapeutin für Kinder und Jugendliche.





Es ist ein Kult. Alle auf der Treppe stehenden Personen wurden für ihren Beitrag zum Spritzenregime mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

»Immer mehr erkennen, dass etwas nicht stimmt«

Dr. Michael Yeadon, der frühere Vizepräsident bei Pfizer im Bereich Respiratory Research, über die offensichtlichen und verborgenen Gefahren der neuartigen genetischen Impfstoffe

Von Sophia-Maria Antonulas und Nadine Strotmann

DW: Die ausgerufene Corona-Pandemie beschäftigt die Welt seit über einem Jahr. Obwohl internationale Wissenschaftler schon vor Monaten Entwarnung bezüglich der Letalität des Virus gegeben haben, bleibt der mediale Panik-Modus bestehen. Was sagen Sie zu der aktuell geforderten Notwendigkeit, alle Menschen weltweit zu impfen, um die Ausbreitung von Sars-Cov-2 einzudämmen?

Michael Yeadon: Es ist völlig absurd, die ganze Welt durchzuimpfen. Unsere Politiker hier in Großbritannien und deren Berater lügen uns einfach an und führen uns auf den falschen Weg. Das ist ein Verbrechen. Das fängt mit dem nicht vertrauenswürdigen PCR-Test an. Damit werden die Menschen verängstigt. So können restriktive Maßnahmen durchgesetzt werden. Ich kann nur nicht-medizinische Gründe für die weltweiten Impfungen erkennen.

Seit wann arbeiten Sie in der Forschung?

Die Wissenschaft gehört zu meinen Leben. Ich habe 32 Jahre lang in der Forschung für die Pharmaindustrie gearbeitet. Ich habe meinen Doktor in Pharmakologie gemacht und einen Abschluss in Biochemie und Toxikologie. 2017 habe ich meine eigene Biotechfirma an Novartis verkauft.

Ungerechtigkeiten halte ich nicht aus, und als das alles anfing, war ich schokkiert, dass viele meiner Kollegen nichts dagegen unternahmen. Sie zensurieren sich noch immer selbst. Und auch die Medien machen mit und lügen. Ich kann weder Radio hören, noch den Fernseher einschalten. Die Beiträge sind ungeheuerlich dumm und schlichtweg falsch.

Noch etwas Grundsätzliches vorweg – gibt es eigentlich asymptomatische Infektionen?

Die gibt es natürlich nicht. Die kann es gar nicht geben. Und auch die *Lockdowns* funktionieren nicht. Die kleine Gruppe an Experten, die unsere Regierung berät, ist entweder dumm oder korrupt.

Colladge: DW/Jill Sandjaja

Die Vorhersagen von Professor Neil Ferguson zum Beispiel, die sind immer so schlecht und haben eher was damit zu tun, dass er Gelder für seine Forschung braucht. Jedenfalls ist es nicht die Anzahl an Kontakten die relevant ist, sondern die Anzahl an ansteckenden Kontakten. Und wir haben über Millionen von Jahren gelernt, von Menschen, die Symptome zeigen, Abstand zu halten. Wir sind sehr gut darin, Kranken auszuweichen. Und nur jemand, der viele Viren in sich hat, ist auch wirklich ansteckend, diese Person zeigt dann aber auch Symptome, weil das Immunsystem die Viren bekämpft. Eine asymptomatische Infektion gibt es also nicht.

Die Beratergruppe der Regierung besteht zu einem Drittel aus Mathematikern, die verwenden dann Computermodelle mit absurden Annahmen, zum Beispiel vergessen sie, dass einige Menschen bereits immun sind. Hier in Großbritannien können wir zum Beispiel davon ausgehen, dass 30 Prozent der Leute immun sind, 25 bis 30 Prozent waren infiziert und mehr als 40 Prozent sind bereits geimpft, trotzdem herrscht *Lockdown* und Maskenpflicht. Das ist nicht normal und unlogisch.

Dann sitzen da auch Spezialisten für psychologische Kriegsführung drin. Es geht um Kapitulation. Das ist ein mehrjähriger Plan. Die Menschen sollen in die komplette Verzweiflung getrieben werden. Immer mehr Menschen erkennen jedoch, dass hier etwas nicht stimmt und sie in die Irre geführt wurden.

In der Presse ist in diesem Kontext immer wieder von gefährlichen Mutationen des Virus zu lesen. Wie gefährlich sind diese wirklich?

Sars-Cov-2 ist ein großer Virus. Bei der Vermehrung kommt es natürlich zu Fehlern und Abweichungen. Jedoch sind selbst Mutationen fast identisch mit dem Original. Die Unterschiede sind trivial und die Mutation, mit den größten Abweichungen, ist immer noch zu 99,7 Prozent gleich wie das Original. Das Gedächtnis unseres Immunsystems kann das wiedererkennen. Wir sind daher auch gegen die Mutanten immun, wenn wir gegen das Original immun sind. Viele Professoren stimmen diesbezüglich mit mir überein. Alles andere ist gelogen. Wegen dieser Lüge haben wir unsere Grenzen geschlossen. Generell gilt, dass Mutationen ansteckender sind, aber dafür weniger gefährlich.

Erstmalig finden Impfungen mit sogenannten mRNA-Stoffen statt. Was passiert da genau im Körper – direkt nach der Impfung und auch auf Dauer? Und wie unterscheiden sich diese Stoffe von herkömmlichen Impfungen?

Die Sicherheitsrisiken sind schockierend. Diese Impfstoffe sind so anders, als alles, was wir bisher gemacht haben. Hier werden Regularien einfach umgangen. Genetische Abschnitte gehen vom Whiteboard der Pharmaunternehmen direkt in die Venen von Hundert Millionen Menschen. Das Spike-Protein ist nicht einfach nur ein Andock-Protein. Vor rund einem Monat bin ich auf zwei interessante Studien gestoßen, die nachweisen, dass Spike-Proteine eben nicht nur passive Ankerproteine sind. Spike-Proteine sind biologisch aktiv. Das sind fusogene Proteine. Sie haben also die Funktion, Zellen zusammenzukleben. Spike-Proteine aktivieren die Zellen und der Körper produziert dann extrem große Mengen an Spike-Proteinen. Das ist ein Problem. Denn das sind aktive Stimulatoren für verschiedene Vorgänge im Körper.

Als Toxikologe weiß ich, dass auch herkömmliche Impfungen gefährlich sein können. Aber bei diesen genetischen Impfungen, kann niemand sagen, wie groß die Auswirkungen auf den Körper sein werden. Es sind von der Spritze bis zur Reaktion des Immunsystems viel mehr Schritte als bei normalen Impfstoffen. Das ist eine Katastrophe.

Wie schätzen Sie das Nutzen-Risiko-Verhältnis dieser Impfungen ein? Welche Nebenwirkungen sind zu erwarten? Welcher Schutz?

Es ist völlig absurd, die ganze Welt zu impfen. Die Alten und Schwachen vielleicht, aber doch nicht junge oder gesunde Menschen. Es gibt kein Medikament, das keine Nebenwirkungen hat. Irgendwas ist immer. Impfungen sind generell nützlich, aber sie müssen sicher sein. Man kann in so ein hochkomplexes System, wie den Körper, nicht einfach eingreifen. Da muss man sehr vorsichtig sein. Aber was jetzt geschieht, ist fahrlässig. In hoffentlich naher Zukunft wird man feststellen, dass das sogar kriminell ist. Wir müssen mit schwersten Nebenwirkungen und Toten rechnen. Frauen zwischen 20 und 50 sterben wegen der Impfung an Blutgerinnsel, die wären niemals an der Virusinfektion gestorben.

Die neuartigen Impfstoffe auf der Basis von mRNA haben in Europa eine bedingte Marktzulassung. Während Menschen geimpft werden, laufen also Studien weiter.

Für die Impfungen gibt es keine vernünftige medizinische Erklärung, es ist unangebracht, Menschen, die keine Risikopatienten sind, dem auszusetzen. Es gibt nun mal immer Nebenwirkungen. Und die Behörden müssen Nutzen und Risiken abwägen. Alles andere ist absolut unethisch.

Und die USA, die EU und Japan sagen jetzt, dass die neueren Impfstoffe, die wegen der Mutanten entwickelt werden, keine neuen Tests durchlaufen müssen, weil sie so ähnlich wären. Das ist die eigentliche Gefahr. Wir müssen im Hinterkopf behalten, dass Impfungen dazu verwendet werden können, Millionen von Menschen zu töten – das Stichwort ist Eugenik. Ich habe derzeit keine direkten Anzeichen dafür. Es könnte sich bei diesen genetischen Impfungen aber um eine Vorstufe zu einer Überwaffe handeln, etwa einen genetischen Inhibitor, der erst in fünf Jahren Schaden anrichtet.

Es mehren sich die Berichte über Corona-Ausbrüche in Pflegeheimen immer direkt nach Impfungen. Wie erklären Sie sich das?

Dazu habe ich mehrere Studien gesehen, eine Vermutung ist, dass direkt nach der Impfung das Immunsystem total zusammenbricht.

Selbst bei jungen Menschen traten nach Impfungen vermehrt Todesfälle aufgrund von Blutgerinnseln auf. Wie schätzen Sie den Zusammenhang mit der Impfung ein?

Bereits am ersten Dezember des vergangenen Jahres habe ich gemeinsam mit Dr. Wolfgang Wodarg einen Brief an die Europäische Arzneimittelagentur EMA geschickt, um vor Thrombosen zu warnen. Die Behörde antwortete uns bereits nach 48 Stunden, dass sie absolutes Vertrauen in ihr Sicherheitskomitee hätten. Danach haben wir es mit einer Pressemitteilung versucht – die wurde von allen Medien ignoriert. Wenigstens wurden einige Wochen danach die Impfungen mit Astrazeneca kurz ausgesetzt – so sind die Menschen immerhin gewarnt, dass das ganze hier nicht so unbedenklich ist, wie alle tun. Es ist anzunehmen, dass es mit Moderna dieselben Probleme gibt.

Ab wann müssen Impfungen aus Ihrer Sicht gestoppt werden beziehungsweise die bedingten Marktzulassungen? Welche Indikatoren müssen vorliegen?

Leider sind die Informationen und Daten, die wir von den offiziellen Stellen erhalten, fehlerhaft. Aber ich bin mir sehr sicher, dass die Behörden von den Problemen im Vorhinein gewusst haben. Während der Entwicklung von neuen Medikamenten gibt es eigentlich immer einen Dialog zwischen dem Pharmaunternehmen und der Zulassungsbehörde, in diesem Fall aber plötzlich nicht. Die Pharmafirmen jedenfalls wissen, dass diese Impfungen nicht notwendig sind.

Geht es nur um Geld oder doch noch um etwas ganz anderes?

Ich bin mir nicht sicher, was tatsächlich dahintersteckt. Geld kann natürlich ein Grund sein. Aber ob das als Erklärung wirklich ausreicht? Ein weiteres Ziel ist sicher auch, anhand der digitalen Impfpässe mehr Kontrolle über die Bevölkerung auszuüben. Allerdings leistet das einer medizinischen Apartheid Vorschub und widerspricht dem Nürnberger Kodex. Darauf hatte auch schon der Europarat hingewiesen.

Licht ins Dunkel!

Im sich derzeit vollziehenden Zivilisationsbruch befindet sich auch die Geistesschärfe aus der Tradition abendländischer Philosophie im Niederschluss* (Lockdown)*. Eine der Fackeln in der Dunkelheit im intellektuellen Stromausfall Europas ist der italienische Philosoph* GIORGIO AGAMBEN. *Seine Überlegungen aus der Jahrtausendwende haben in Zeiten der »Neuen Normalität« eine für alle wachrüttelnde Aktualität. | Von Nicolas Riedl

Das landläufig philosophische Denken Europas innerhalb ideologisch gezogener Demarkationslinien (Stichwort »Verschwörungsmythen«) hat 2020 final eine Kehrtwende vollzogen und bewegt sich nun vollends rückwärtsgewandt. Werte-nihilistisch sind die Ergüsse derer, die sich im *Mainstream* »Philosoph*Innen« nennen, zugleich so flach, dass ihre Aussagen in einer Flacherde ihr bildhaftes Äquivalent finden würden.

So fließt die geistige Strömung auf einen Wasserfall am Rande dieser Platte zu, der die Scheidelinie dies- und jenseits der Aufklärung markiert. Geistige Errungenschaften, mit hohem Blutzoll erkämpfte Rechte sowie humanistische Werte – sie werden mit der Achtlosigkeit hinweggeworfen, als handelte es sich dabei um Apfelkerne.

Fernsehköpfe wie Richard-David Precht oder Gert Scobel waren sich im vorangegangen Jahr nicht zu schade, einem Narrativ nach dem Mund zu reden, mit welchem die Zerstörung der Freiheitsrechte legitimiert wurde. Albert Newen zeigte sich verwundert, dass manche Menschen in diesem Land doch tatsächlich glauben, sie hätten einen Anspruch auf Freiheit und Normalität.

Und selbst eine gestandene Größen wie Peter Sloterdijk ist scheinbar in einer Blase seiner beschriebenen »Schäume« gefangen, wenn er in einem Interview zum besten gibt, er habe keinerlei Verständnis, wenn Menschen gegen die Maßnahmen demonstrieren. Nur wenige Philosophen dieser Tage lassen sich nicht von dieser Strömung fortreißen und bleiben ihrer Rolle als kritisches Korrektiv des Zeitgeschehens treu.

Zu den Aufrechten gehört der weltbekannte Philosoph Giorgio Agamben. Dieser lässt sich nicht nur nicht mitreißen, sondern hält wacker mit seinen Schriften gegen den diabolischen Zeitgeist der großen Umkehrung. Dabei erweist sich Agamben weniger als jemand, der blitzschnell auf ein neues Phänomen reagiert, denn als weitsichtiger Denker, der bereits Jahre und Jahrzehnte zuvor konzeptuell das antizipierte, was sich heute vor unser aller Augen abspielt.

Im Besonderen wird dies deutlich, studiert man zwei der Werke, die um die Jahrtausendwende erschienen. Gemeint sind die beiden ersten Teile der Trilogie »Homo Sacer« (heiliger Mensch), beginnend mit dem gleichnamigen Teil eins sowie der Fortsetzung »Ausnahmezustand«. Im Kern behandelt Agamben in diesen Werken die philosophischen Fragen rund um die juristischen-politischen Aspekte des Ausnahmezustandes wie auch der Biopolitik, die wir uns im nachfolgenden genauer ansehen wollen:

DER AUSNAHMEZUSTAND – SOUVERÄN IST, WER ÜBER DEN AUSNAHMEZUSTAND BESTIMMEN KANN

Den Ausnahmezustand erfasst Agamben als einen paradoxen Zustand. Gewissermaßen ein Zustand außerhalb des Rechts, welcher das Recht an sich (zeitweise) aufhebe. Ein Ausnahmezustand erwachse aus einer Notsituation heraus. Entscheidend sei eine klare Definition, was Not eigentlich ist und wer das Eintreten einer solchen festlegt.

Dabei stellt Agamben klar, dass Notsituationen und daraus resultierende Ausnahmezustände sich nicht daraus ergeben, dass das Gesetz eine textliche Lücke aufweise, sondern eine Lücke im Verhältnis zur Realität. Ein Gesetz können lückenhaft sein, das Recht dürfe dies allerdings nie sein und so müsse auch immer Recht gesprochen werden, auch wenn die Gesetze für eine bestimmte Situation noch nicht vorliegen.

Dem Wesen des Ausnahmezustandes sei es zu eigen, sich zunächst außerhalb der Ordnung zu befinden, sich anschließend in diese Norm einzunisten und von dort aus immer mehr auszuweiten, bis es schließlich zu einer Verschmelzung des Ausnahmezustandes mit der alten Ordnung kommt, was schlussendlich bedeutet, dass die Ausnahme zur Normalität wird.

NEUE NORMALITÄT ALS AUSNAHMEZUSTAND

Dies kommt uns doch sicherlich nur allzu bekannt vor, nicht wahr? Dauern die zwei Wochen Niederschluss nun doch schon fast ein Jahr an (der *Lockdown* ist ein Ausnahmezustand). Die Ausnahme soll normalisiert werden, auch bekannt unter dem Begriff »neue Normalität«. Was zunächst ausschließlich qua Verordnung ohne gesetzliche Grundlage durchgedrückt worden war, wurde schließlich am 18. November in einer halsbrecherischen Geschwindigkeit in Gesetze gegossen.

Ausnahmezustände haben, so beschreibt es Agamben, in Deutschland eine lange Tradition. Der Artikel 48 über den Notstandsverordnungen in der Weimarer Verfassung lud regelrecht zu einer Ausnahmezustandsorgie ein, was dann auch tatsächlich geschah. Die BRD errichtete ihrerseits 1968 mit den Notstandsgesetzen die Grundlage für weitere Grundrechtsbeurlabungen.

So nimmt es nicht Wunder, dass in Deutschland des Jahres 2020 mit einem Schlag zahlreiche Grundrechte »kurzfristig-dauerhaft« außer Kraft gesetzt werden konnten. Für viele Bürger dürften diese 20 Artikel nur noch ein geistiges Relikt aus dem weit zurückliegenden Sozialkunde-Unterricht sein, von denen man mal gehört hat, diese aber im eigenen Leben nicht bewusst auslebte. Auf dieser Grundlage konnten Grundrechte auch von den Normen der Ausnahme verdrängt werden, will heißen, dass sie nunmehr zu Privilegien verklärt wurden.

BIOPOLITIK

Unter Biopolitik – nicht jedem dürfte dieser Begriff geläufig sein – versteht man im Allgemeinen und ganz grob zusammengefasst die Art und Weise, wie der menschliche Körper des Einzelnen zu einem Politikum wurde, beziehungsweise geworden ist. Aus der Sicht der wie auch immer gearteten Machthaber wurde bis etwa zum 19. Jahrhundert dem menschlichen Körper keinerlei Bedeutung beigemessen, als dass dessen physische wie die in ihm innewohnenden geistige Beschaffenheit eine wesentliche Rolle gespielt hätte. Mehr oder minder galt der Mensch als Tier, das zu einem politischen Leben fähig war.

Mit dem 19./20. Jahrhundert änderte sich dieses Verhältnis. Das Leben, der Körper wurde politisch und mit dieser Politisierung des Körpers kam die theoretisch-ideologische Grundlage, auf die sich die Eugenik wie auch die Schrecken des Dritten Reiches stützten. Die Summe der Körper in ihrer jeweiligen Funktion als Zelle wurde als ein großer Gesamtkörper betrachtet, wie dereinst Thomas Hobbes dies bei seinem Konzept des Leviathan tat. Weiter Seite 15


Foto: Image de Capa

»Welchen Sinn hat das Weiterleben, wenn wir das, was unserem Weiterleben Sinn gibt, nicht mehr tun können?« Giorgio Agamben, seit Jahrzehnten weltbekannter Professor mit Lehrstühlen in Venedig, Paris und der Schweiz, ist von Beginn an Co-Herausgeber dieser Zeitung.

Im Licht der modernen Biopolitik ging es nun darum, diesen Körper, den sogenannten Volkskörper gesund zu erhalten, respektive die schädlichen Zellen aus diesem zu tilgen. So spielten nun die Gene und die körperlichen wie geistigen Eigenschaften des einzelnen Menschen eine zentrale Rolle bei der Bestimmung, welches Leben nun lebenswert sei und welches nicht, schlussfolgernd, welche Tötung nicht mehr den Tatbestand des Mordes erfüllte.

Dem folgte eine kategorische Spaltung des Lebens in das »qualifizierte« Leben des Bürgers einerseits, der über Rechte verfügt und das »nackte Leben« bar jeder Rechte andererseits. Agamben skizziert – auch in Bezugnahme auf Hannah Arendt – diese Spaltung anschaulich anhand des Phänomens des flüchtenden Menschen, des Flüchtlings. Diese verkörpere, da er über keine Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat und den damit verbundenen Rechten verfügt, das nackte Leben. Das nackte Leben verberge sich hinter der Maske des »qualifizierten« Lebens eines Bürgers, der einer Nation angehört.

Diese Aufteilung habe ihren Kulminationspunkt in den Lagern, namentlich den Konzentrationslager im Dritten Reich erlangt. Diese Lager seien der Raum, an dem sich der Ausnahmezustand zuspitze, die Grenzen zwischen Zulässigen und Unzulässigen, sowie Legalen und Illegalen vollends verschwämmen. An diesen Orten werden die Insassen aller Rechte beraubt und auf ihr nacktes Leben reduziert. Nochmals verweist Agamben auf Hannah Arendt, die die Lager als die Orte beschreibt, in welcher die Herrschaft sich ungezügelt Bahn breche, ein Ort an dem alles, jede Grausamkeit möglich sei.

In einem kurzen Kapitel in »Homo Sacer« geht Agamben speziell auf die Gruppe der sogenannten »Versuchspersonen« ein. Nicht nur die Versuchspersonen in den KZs, sondern auch in Gefängniseinrichtungen in den USA. Diese stellten ein mustergültiges Beispiel der Menschen dar, die in den Augen der Herrschaft keinen Wert mehr besitzen, sodass (tödliche) Versuche an diesen nicht als (versuchter) Mord geahndet werden sollen. Bei letztgenannten Einrichtungen in den USA gab es Fälle, bei denen manchen Versuchspersonen ihre Entlassung in Aussicht gestellt wurde, so sie sich den Versuchen unterziehen würden. Speziell auf diesen Punkt kommen wir gleich noch einmal zurück.

PARALLELEN ZUM CORONA-REGIME

Welche Parallelen lassen sich nun bezüglich der Biopolitik zu den Corona-Jahren 2020/21 herstellen? Freilich löst allein das Stellen dieser Frage bei vielen der auf politische Korrektheit bedachten Zeitgenossen eine Schnappatmung aus. Verfechter der Niederschlussmaßnahmen verbitten sich jedweden historischen Vergleich mit dem Dritten Reich.

Agamben weißt in »Homo Sacer« auf eine Tatsache hin, die landläufig nicht sonderlich bekannt sein dürfte, die allerdings allemal das Anstellen historischer Vergleiche nicht nur legitimiert, sondern nahezu notwendig macht. Ob des explosiven Gehalts dieser Tatsache sei an dieser Stelle wörtlich zitiert, um etwaigen Vorwürfen des Geschichtsrevisionismus zuvorzukommen:

»Man tut gut daran, nicht zu vergessen, daß die ersten Konzentrationslager nicht das Werk des Naziregimes waren, sondern der sozialdemokratischen Regierungen; und sie haben 1923, nach der Ausrufung des Ausnahmezustandes, nicht nur auf der Grundlage der Schutzhaft Tausende militanter Kommunisten interniert, sondern in Cottbus-Sielow auch ein ›Konzentrationslager für Ausländer‹ […] geschaffen, das vor allem geflüchtete Ostjuden aufnahm und somit als erstes Lager für die Juden in unserem Jahrhundert betrachtet werden kann (auch wenn es offensichtlich kein Vernichtungslager war).« (Agamben, 2019; 176)

Das alles begann nicht mit Gaskammern. Es war – frei nach Erich Kästner – ein zunächst unscheinbarer Schneeball, der irgendwann zur unaufhaltsamen Lawine mutierte. Es verbitten sich also daher keineswegs historische Vergleiche mit damals. Warum sollte man sie auch unterlassen, wenn der Vergleich noch hinkt? Möchte man etwa so lange abwarten, bis der Vergleich immer weniger hinkt und eines Tages das Heute von Damals nicht mehr zu unterscheiden ist? Aus der Geschichte müssen echte (!) Lehren gezogen werden, damit sie sich nicht wiederholt. Somit wagen wir nun auch im Feld der Biopolitik im Folgenden einen Vergleich.

Vermutlich kann sich niemand daran erinnern, wann der eigene Körper eine so wesentliche Rolle in der Politik spielte wie in der Zeit ab dem März 2020. Das wohl anschaulichste Beispiel aus der alten Normalität dürfte wohl die Pflicht zur Musterung nach dem Wehrpflichtgesetz gewesen sein. Ein jeder männliche Bürger Deutschlands war gezwungen, sich einer erniedrigenden Untersuchung des eigenen Körpers zu unterziehen, um anschließend einen Tauglichkeitsgrad zugewiesen zu bekommen. Kurz gesagt: Der Staat nahm es sich raus, über die männlichen Körper zu verfügen, sie zu bewerten und im Bedarfsfall für die Landesverteidigung einzusetzen.

Heute bewegt sich die Verfügungsgewalt des Staates über unsere (!) Körper in einer ganz anderen Dimension! Das hiesige wie auch weltweite Corona-Regime maßt sich nun an zu bestimmen, welche Körper sich zu welchem Zeitraum an welchem Ort (nicht) (zusammen) aufhalten dürfen. Wir kennen das mittlerweile unter den Begriffen wie »Ausgangssperre«, »Kilometerradius«, »Kontaktbeschränkung« und »Quarantäne«. Des Weiteren erfolgt die Unterteilung der Menschen in »krank« und »krankheitsverdächtig« beziehungsweise »positiv getestet« und »gesund aber negativ getestet«. Das jeweils ausgespuckte Ergebnis des als Diagnoseinstrument ausgewiesenen Scherzartikels namens »Drosten-PCR-Test« bestimmt über die raum-zeitlichen Bewegungsfreiheiten des jeweiligen Körpers.

Bezüglich der Corona-Impfung kommen wir auf den Punkt mit den Versuchspersonen in den Gefängnisanstalten der USA zurück, denen man Freiheit gegen Versuche an ihrem eigenen Körper versprach. Kommt uns das nicht auch bekannt vor? »Freiheit gegen Menschenversuch« ist im Grunde genommen das gleiche »alte Normalität« gegen »Impfung mit einem bislang ungetesteten Gen-Impfstoff«. Wer noch Zweifel hegen sollte, ob es sich bei der Corona-Impfung um einen milliardenfachen Menschenversuch handelt, der sei an dieser Stelle auf das neue Buch von Clemens Arvay »Corona-Impfstoffe – Rettung oder Risiko« verwiesen.

Ganz unabhängig vom Gefährlichkeitsgrad der Impfung, ja gar dann, wenn Langzeitfolgen mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden könnten – die Ungeheuerlichkeit der Impfpflicht liegt im Prinzip begründet. Der Erpresser-*Deal* lautet »Grundfreiheiten gegen Körpermodifikation«. Verstärkt wird dieser Druck zusätzlich durch eine abermalige Unterteilung der Menschen. Das Verfügen über (Grund)rechte ist nun nicht länger eine Frage der Zugehörigkeit zu einer Nation in einer Welt, in welcher die Souveränität der Nationalstaaten gegenüber globalistischen Machtakteuren sowieso immer mehr dahinschmilzt.

Nein, nun ist es der Impfstatuts, die jeweilige Modifikation des Körpers, die darüber bestimmt, ob jemand in den Genuss der zu »Privilegien« degradierten Grundfreiheiten kommt oder nicht. Sichtbar wird diese Unterteilung durch die öffentlichkeitswirksame Krönung der geimpften Menschen – so sie noch leben – zu »besonderen Menschen«. Über Solidaritätsarmbändchen für Geimpfte wird mittlerweile auch schon laut nachgedacht. Zu »guter« Letzt sei noch zu den Lagern gesagt – heute haben wir in Deutschland Einrichtungen zur Zwangsunterbringung von »Quarantäne-Verweigerern«. Man nennt diese Einrichtungen auch Corona-Knast, auch wenn es offensichtlich kein Vernichtungslager« (siehe Ebd.) ist.

POSITIVER AUSBLICK

Nächstes Jahr wird Agamben 80 Jahre alt. Wo sind seine potenziellen Nachfolger, denen Agamben das Zepter des kritischen Denkens weiterreichen könnte? Und wo sollen sie herkommen? Wo soll kritisches Denken der nachfolgenden Generation gedeihen, wenn kurzweilige *Insta-Stories* und *Tik-Tok*-Videos die stundenlange Buchlektüre ersetzen, derer es viel Aufmerksamkeit und Konzentration bedarf? Und wer fungiert noch als Vorbild, wenn die »Vorzeige-Philosophen« des *Mainstreams* im Namen der Aufklärung und der Vernunft einfache Erklärungen liefern aber wahrlich komplexe Zusammenhänge zu »Verschwörungstheorien« verklären oder *Influencer* (Einflüsterer) á la Rezo die Jugend darauf einschwören, es gäbe zu gewissen Themen nur »eine legitime Meinung«?

Um unser geistiges Erbe ist es wahrlich nicht gut bestellt! Es liegt schlussfolgernd an jedem Einzelnen, das kritische Denken wieder zu kultivieren, den Zweifel zu enttabuisieren und der Grübelei den Vorrang einzuräumen gegenüber den wie aus der Pistole geschossen gekommenen Positionierungen und Distanzierungen.

Nicolas Riedl ist Journalist, Autor und Theaterwissenschaftler in München



SPORT: »GESELLSCHAFTS-POLITISCHE CHANCE!«

Die Staaten, die große Turniere bekommen, treten das nationale Recht für die Wochen des großen Fußballturniers de facto ab. In dem Kontext finde ich es spannend, dass der UEFA-Präsident zuletzt zum Thema der Europameisterschaft 2020, die nun im kommenden Sommer stattfinden wird, sagte: »Spiele ohne Zuschauer gehen gar nicht!« Die zwölf Länder der Europameisterschaft tragen nun das Risiko, dass die UEFA sie ausschließt, wenn sie die Politik der *Lockdowns* (Niederschlüsse) nicht aufgeben sollten. Ich sehe dies als gesellschaftspolitische Chance, dass man zur Normalität zurückkehrt. Vielleicht ist der Fußball auch einfach mal dazu da, zu sagen: »Es reicht. Alles muss wieder in ein gesundes Verhältnis gerückt werden!« Denn wir Menschen brauchen Hoffnung und ein bisschen Spaß.

Thomas Berthold, Jahrgang 1964, spielte 1990 die deutsche Nationalmannschaft zum Weltmeistertitel. Er ist technisch versierter Verteidiger des Grundgesetzes und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

WO UNRECHT ZU RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT
BERTOLT BRECHT

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 41. Ausgabe ab Samstag, 27. März 2021. | Redaktionsschluss war am 25. März, 8:30 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84. BIC: GENODEF1SLR.**

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Sophia-Maria Antonulas **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressortleitung International:** Aya Velázquez, Dr. Yana Milev **Sportchef:** Thomas Berthold **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Layout und Satz:** Chris Stein, Ute Feuerstacke, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke **Fotoressort:** Steve Schramm **Weitere Redaktionsmitglieder:** Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Dr. med. Alexander Richter, Erich Kartmann, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH i. Gr., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.